

Zosener Zeitung.

Sechsundsechzigster Jahrgang.

Aussorten
Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Gruppi (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. 4;
in Grätz bei Herrn L. Streissand;
in Frankfurt a. M.;
G. L. Daube & Co.

Aussorten
Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Karl Wiese;
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel;
Hausensteiner & Vogler;
in Berlin;
J. Petermeyer, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Nr. 60.

Das Abonnement auf die mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinende Blatt beträgt vierthalb für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Mittwoch, 5. Februar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die schrägespalte Zeile oder deren Raum, dreigeklappte Reklamen 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Denkschrift des gesammten katholischen Episkopats im Königreich Preußen,

dem königlichen Staatsministerium von den Erzbischöfen von Köln und Posen zugleich im Namen und Auftrag aller übrigen Bischöfe des Landes vorgelegt am 30. Januar 1873.*

Vor einigen Tagen hat das Königliche Ministerium dem Landtag Börse zu Gesetzen vorgelegt, welche in das innere Leben der katholischen Kirche und in ihre Rechtssphäre auf das Tiefste eingreifen, und der Landtag ist aufgefordert, diesen Entwürfen möglichst bald seine Zustimmung zu ertheilen.

Abgesehen davon, daß nach natürlichen und positiven Rechten und nach unvordenlicher Uebung in deutschen Landen die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche nur durch beiderseitiges Übereinkommen rechtmäßig und für beide Theile gesetzlich geordnet werden können, hätten die preußischen Bischöfe zum Mindesten erwarten müssen, daß ihnen Gelegenheit geboten würde, über so wichtige, die katholische Kirche betreffende Gesetzentwürfe sich anzusprechen und die katholischen Grundsätze geltend zu machen. Sie würden dann in der Lage gewesen sein, einzelne Bestimmungen der in Rede stehenden Gesetzentwürfe ohne Blößverlegung zu acceptiren, für einige andere würde vielleicht eine Vereinbarung mit dem apostolischen Stuhle zu erreichen gewesen sein. Da nunmehr aber die Gesetzesvorlagen, obgleich sie in das innere Leben der Kirche einschneiden, von der königlichen Staatsregierung traut der von derselben in Anspruch genommenen Machtvolkommenheit einseitig und ohne alle vorgängige Verständigung und Verhandlung mit den berechtigten kirchlichen Organen erlassen worden sind, so bleibt für diese nichts übrig, als von vornherein gegen alle, die natürlichen und wohlerworbenen Rechte der katholischen Kirche und die Gewissens- und Religionsfreiheiten der Katholiken verlegende Bestimmungen dieser Entwürfe und der etwa auf Grund derselben zu erlassenden Gesetze förmliche und feierliche Verwahrung einzulegen.

Wir erlauben uns, über einige Punkte folgende Bemerkungen beizutragen, die aber bei der gebotenen Eile den Gegenstand keineswegs erschöpfen, weshalb wir uns weitere Rechtsausführungen und Begründungen vorbehalten.

Nach der katholischen Glaubenslehre, die wir Katholiken als auf göttlicher Offenbarung beruhende unbedingt für wahr halten und glauben, und so gewiß zu glauben berechtigt sind, als unsere Gewissensfreiheit nicht angefasset werden darf;

Nach dem natürlichen Rechte, der Natur der Dinge und den Gesetzen der Vernunft;

Nach dem historischen und wohlerworbenen Rechte der katholischen Kirche in Deutschland und der katholischen Landesteile der Monarchie, welche nicht rechtlos, sondern mit dem durch seierliches Königtum gewährleisteten Rechte des vollen und ungeschmälerten Fortbestandes ihrer Religion und Kirche dem Königreich Preußen eingesetzt wurden;

Nach den zwischen dem Apostolischen Stuhle und der Krone Preußen resp. den andern betreffenden Landesherren getroffenen Vereinbarungen und den darauf beruhenden Circumscriptions-Bullen;

Endlich nach den dieses Recht der katholischen Kirche wie den andern großen christlichen Konfessionen gewährleistenden Bestimmungen der preußischen Verfassung;

Befügt die katholische Kirche in Preußen das unantastbare und unveräußerliche Recht, in der ganzen Integrität ihrer Glaubens- und Sittenlehre, ihrer Verfassung und Disziplin zu bestehen und ihre Angelegenheiten durch ihre rechtmäßigen Organe zu ordnen und zu verwalten.

Das allererste und allерwichtigste Recht eines jeden kath. Bischofs und eines jeden Katholiken ist aber das Recht, eben der Einen kath. Kirche, deren Oberhaupt der Papst ist, als Glied anzugehören, und daher mit dem Papste, der nach kath. Glaubenslehre kräftig göttlicher Einziehung das Fundament und der oberste Hirte der ganzen kath. Kirche und aller Theile derselben ist, in der Einheit des Glaubens und ungehemmter Lebensverbindung zu stehen und zu bleiben.

Das zweite nicht minder wesentliche Recht eines jeden katholischen Bischofs und eines jeden Katholiken besteht darin, in religiösen und kirchlichen Dingen von Niemand Anderm als den zuständigen rechtmäßigen kirchlichen Obern, den Bischöfen in der geistlichen Unterordnung unter den Papst, regiert und geleitet zu werden, da dieselben nach unserem katholischen Glauben von Gott gesetzt sind, die ihnen anvertrauten Diözesen nach den Vorschriften Christi und den Gesetzen der katholischen Kirche zu verwalten.

Demgemäß hat der Bischof seiner Diözese gegenüber hauptsächlich eine dreifache, von Gott ihm selbst auferlegte Pflicht, der das ebenso wesentliche, göttlich verliehene Recht entspricht, diese Pflicht frei und ungehemmt zu üben.

Es ist erstens die Pflicht und das Recht, die Glaubens- u. Sittenlehre der katholischen Kirche zu verkündigen und zu bewahren und deren Gnadenmittel zu verwalten.

Es ist zweitens die Pflicht und das Recht, die Priester und niederen Kirchendiener, welche ihn in seinem apostolischen Amte als seine Gehilfen und Stellvertreter unterstützen, nach Vorschrift der Kirchenrechte auszuwählen, zu erziehen, zu senden, und ihnen kirchliche Ämter zu übertragen.

Es ist drittens die Pflicht und das Recht, die Geistlichen zur Erfüllung ihrer Amtspflichten und die Gläubigen zur Erfüllung ihrer Christenpflichten zu ermahnen und anzuhalten und sie, wenn sie der Lehre der Kirche, dem Glauben und den Gesetzen derselben den Gehorsam hartnäckig verweigern, von der Kirchengemeinschaft auszuschließen und, wenn es Geistliche sind, sie ihres geistlichen Amtes zu entheben und ihnen alle priesterlichen Berrichtungen zu unterdrücken.

Diese drei Pflichten sind unauflöslich mit einander verbunden, so daß keine derselben ohne die andere bestehen kann. Der Bischof kann die katholische Glaubens- und Sittenlehre nicht rein bewahren und verkünden, er kann die Gnadenmittel Christi nicht recht und würdig verwahren und den Gläubigen spenden, wenn er nicht die Geistlichen, die in seinem Auftrage Beides thun, erziehen, beaufsichtigen, senden und nach ihrer Würdigkeit und Fähigkeit anstellen kann. Und er vermag Beides nicht, am allerwenigsten vermögt er die katholische Religion vor Verfälschung zu schützen und die Verfassung der Kirche vor Zerstörung zu bewahren, wenn er nicht häretisch oder schismatisch gewordene oder sonst unwürdige Geistliche von ihrem geistlichen Amte entfernen, und beharrliche Gegner des katholischen Glaubens und Verleger und Gegner der Verfassung und der Geize der Kirche von deren Gemeinschaft ausschließen kann.

Die vorgelegten Gesetzentwürfe verlegen und vernichten nun diese wesentlichen Rechte der katholischen Kirche und ihrer Bischöfe, Rechte, ohne welche sie ihre wesentlichen Pflichten zu üben außer Stande sind, in mehrfacher Beziehung.

* Die "Germania" veröffentlicht diese Petition an das Staatsministerium mit dem Bemerkung, daß die Vorstellung des Episkopats, welche an den Kaiser gerichtet ist, noch unter den Bischöfen zirkulirt.

Der Gesetzentwurf über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen erkennt zwar, wie es scheint, das Recht der Bischöfe an, die geistlichen Ämter zu besetzen, allein er beschränkt die Freiheit dieser Besetzung vor Allem dadurch, daß für den Staat das Recht in Anspruch genommen wird, gegen eine Anstellung nicht blos Einsprache zu erheben, sondern auch selbst in letzter Instanz über die Begründtheit des Einspruchs zu entscheiden. Zwar wird diese Erklärung dadurch bekräftigt, daß sie nur aus bürgerlichen und staatsbürglerlichen Gründen erhoben werden kann. Allein wir können uns nicht verhehlen, daß unter Umständen unter dem Tadel einer solchen Erlösung der Freiheit der Kirche, Integrität des geistlichen Standes und der Person der würdigsten und pflichttreuesten Geistlichen die schwersten Verfolgungen zugefügt werden könnten, selbst wenn einseitig und ausschließlich der Staatsbehörde es zustände, vorgebrachte Einreden gegen die Anstellung eines Geistlichen resp. die ihnen zu Grunde liegenden Thaten zu prüfen und zu beurtheilen. Unter allen Umständen aber steht jene Bestimmung mit dem bestehenden Rechte und der der katholischen Kirche in der preußischen Verfassung gewehrleisteten Selbstverwaltung in Widerspruch. Wenn einige Regierungen von Seiten der Kirche in Folge gegenseitiger Vereinbarung die Befugnis zugestanden wurde, aus rein bürgerlichen und politischen Gründen gegen die Anstellung eines Geistlichen Einsprache zu erheben, so kann der Staat nicht einseitig sich selbst ein solches Recht zuschreiben; über dies ist wohl zu bemerken, daß ein solches Einspruchrecht stets nur bei definitiven Anstellungen und fast immer nur in Betreff der Pfarrer in Anspruch genommen und gewährt wurde, während es der Gesetzentwurf auf einfache Hilfspriester und auf blos provisorische Anstellung ausdehnt, was unseres Wissens noch nirgendwo beansprucht wurde. Es hängt dieses, wie der Gesetzentwurf ausdrücklich zu verstehen giebt, mit einer zweiten weit gründlicheren Verlebung der kirchlichen Freiheit und Selbständigkeit, nämlich mit den Bestimmungen über die Erziehung des Klerus, zusammen. Diese Bestimmungen enthalten den tiefsten und verderblichsten Eingriff in das innerste Leben der Kirche, in die höchsten Interessen der Religion, in die Freiheit des katholischen Glaubens. Wir werden uns darüber mit aller Offenheit, die unserer Amt erlaubt, und die wir dem Staat schuldig sind, aussprechen. Die wesentlichsten unter allen Pflichten und das wichtigste unter allen Rechten der Kirche und der Bischöfe ist die Erziehung des Klerus. Dieses Recht ist seit achtzehn Jahrhunderten noch in keiner Zeit und in keinem Lande der Welt der Kirche bestritten worden, als etwa im vorigen Jahrhundert in Österreich, in unserem Jahrhundert theilsweise in deutschen Staaten, nie aber in solchem Umfang, wie durch den neuesten Gesetzentwurf für Preußen. Überall, wo die katholische Kirche besteht, ist auch das Recht derselben, ihre Geistlichen in kirchlichen Lehr- und Erziehungsanstalten auszubilden, als selbstverständlich anerkannt: in England und Nordamerika, in Holland und Belgien.

In Italien, Spanien, Frankreich, wo Revolutionen die Kirche vertrieben, sie zeitweise blutig verfolgt haben, fiel es, sobald nur die Erziehung der katholischen Religion gestattet und freigegeben war, Niemand ein, den Bischöfen die Erziehung des Klerus streitig zu machen. Die Kirche hat durch das allgemeine Konzil von Trient das Gesetz gegeben, daß Jene, die sich dem geistlichen Stande widmen, von Jugend auf in Seminarien erzogen werden, und daß jedes Bistum ein solches Seminar besitzen soll. Die betreffenden Circumscriptionsbullen schreiben ausdrücklich die Ausführung dieses Gesetzes in allen preußischen Bistümern vor.

Wenn die preußischen Bischöfe den Studirenden der Theologie den Besuch der Universitäten Bonn und Breslau und der Akademie Münster, sowie anderer deutscher Hochschulen gestatteten, so wollten und konnten sie dadurch nummermehr auf das Recht und die Pflicht der Erziehung und theologischen Ausbildung ihres Klerus verzichten. Sie konnten daher solches nur unter der Voraussetzung gestatten, daß die theologischen Fakultäten an jenen Staatsanstalten sich in theologischer und religiöser Beziehung der kirchlichen Autorität in rechter Weise unterordneten, daß durch diese Unterordnung und die kirchliche Geistlichkeit der Professoren für die Katholizität der Lehrer und des Unterrichts, sowie durch wohl eingerichtete Konvekte für die Sittenreinheit und das religiöse Leben der jungen Theologen genügende Bürgschaft gegeben, und daß auch überhaupt von Seiten der Universität auf die katholische Kirche und die Kandidaten ihres Priesterthums die gehörige wohlwollende Rücksicht genommen würde.

Wenn dagegen, wie namentlich in jüngster Zeit in Bonn geschah, die Mehrzahl der Professoren der theologischen Fakultät vom Glauben der Kirche absfällt und gegen die kirchliche Autorität sich erhebt; wenn nichtsdestoweniger diese Professoren als Lehrer der katholischen Theologie festgehalten und als Vertreter der Fakultät aufgestellt werden, und wenn die Mehrzahl der übrigen Professoren der Universität Partei für sie ergreift, dann ist ein Zustand eingetreten, der geradezu unerträglich ist, und den auf die Dauer zu dulden eine schwere Schuld für die Bischöfe konstituiert würde. Dieses in Kürze die faktische Lage der Dinge, die erst in Verbindung mit den Motiven die ganze furchtbare Tragweite des Gesetzentwurfes klar macht.

Derselbe spricht zwar den Bischöfen und der Kirche das Recht des theologischen Unterrichts und der Erziehung des Klerus nicht förmlich ab, aber er macht es zum großen Theil illusorisch.

Der Entwurf gebietet erstens einem jeden Theologen unter Strafe des Ausschlusses von jedem geistlichen Amte den dreijährigen Besuch einer deutschen Universität und verbietet den Bischöfen die Anstellung eines Jeden, der fortan dieser Forderung nicht genügt hat. Nur an bereits bestehenden Seminarien, die vom Staat als theologische Lehranstalten anerkannt sind, soll den Angehörigen der betreffenden Diözese das Studium gestattet, allen Anderen aber verboten sein — eine gehässige Ausnahmesbestimmung zum Nachteil dieser kirchlichen Lehranstalten, die nur als ein Notbehelf in den engsten Schranken geduldet werden! Das Verbot, daß die Universitätstudenten gleichzeitig einem Seminar angehören, ist kaum zu verstehen, wenn man darunter nicht ein Verbot des Konvikts in Bonn und der in Münster bestehenden Einrichtung verstehen will.

Sodann wird unter gleicher Strafe von den Theologen nicht blos, wie von allen anderen Studenten ein Maturitätsexamen, sondern eine Prüfung über philologische, historische und philosophische Fächer nach bestandenem Universitäts-Triennium gefordert, was in keiner anderen Fakultät vorgeschrieben ist. Sowohl diese überaus gehässige Ausnahmesbestimmung, als auch überhaupt das Universitäts-Triennium hat ausgesprochener Maßen nicht so sehr den Zweck, den Theologen in den genannten Fächern Kenntnisse zu vermittelns, als vielmehr auf ihre Geistlichkeit und Grundsätze Einfluß zu üben. „Nationale Erziehung“ hat man verlangt und dabei behauptet, daß eine kirchliche Erziehung antinationalen und antipatriotischen Gesinnung erzeuge. Wir weisen diese stets widerkehrende Beschuldigung immer auf's Neue mit Entschiedenheit zurück. Wir, die Bischöfe, unser glaubenstreuer Klerus und die gläubigen Katholiken aller Stände stehen Niemanden nach in der Pflichttreue gegen König und Staat und in aufrichtiger Liebe zum Vaterlande. Die Erziehung, die unsere Theologen zu guten Priestern und treuen Dienern ihrer Kirche macht, macht sie auch zu treuen und gewissenhaften Unterthanen der weltlichen Obrigkeit.

Dagegen haben wir leider Grund zu fürchten, daß der Ausdruck: „nationale Erziehung“ eigentlich eine unkatholische Erziehung bedeutet, und daß dieselbe den Zweck habe, den Kandidaten des geistlichen Standes unkatholische Gesinnungen und Anschaungen, wenn möglich, beizubringen. In den großen Auseinandersetzungen, welche der Abfall einer Zahl von Theologie-Professoren bereitet hat, haben nicht blos die Geistlichen, sondern auch die Studenten der Theologie in ganz Deutschland aufrichtige und unerschütterliche Glaubensstreue zum Trost der Bischöfe und des ganzen katholischen Volkes bewiesen. Wir fürchten, daß die beabsichtigten Vorschriften des Gesetzentwurfes darauf abzielen, eine Umwandlung dieser Gesinnung und dieser Glaubensstreue anzuhaben und zu bewirken.

Hat man ja von einem, wie man zu sagen beliebt, ultramontanen Geiste geredet, der im Klerus überhand genommen habe und den man durch die „nationale Erziehung“ bekämpfen müsse. Allein der Geist, der unsern Klerus im Glauben und in kirchlicher Treue erhalten hat, ist nicht ein ihm künstlich angehauer Parteigeist, sondern es ist der reine und unverfälschte Geist des katholischen Glaubens, es ist der sich stets gleichbleibende Geist der gesammten katholischen Kirche, es ist der von den Vätern seit unverdanklichen Zeiten ererbte Geist unseres katholischen Volkes, es ist der Geist, den sie aus dem väterlichen Hause mitgebracht haben und fort und fort mitbringen. Wenn daher dieser Geist in ihnen durch die „nationale Erziehung“ geschwächt, verändert, gefälscht und erstickt werden sollte, dann müßten wir eine offene, ja eine blutige Verfolgung einer solchen „nationalen Erziehung“ unbedingt vorziehen. Sie wäre eine fortgesetzte Verführung der zum geistlichen Stande berufenen Junglinge zum Abfall von ihrem priesterlichen Berufe, ja von ihrem katholischen Glauben. (Schluß folgt.)

Deutschland.

△ Berlin, 4. Februar. Die Denkschrift der deutschen Bischöfe, welche heute die "Germania" veröffentlicht, ist zwar mit großer Geschicklichkeit und Vorsicht abgefaßt, aber ihr Inhalt stimmt doch in allen wesentlichen Punkten mit dem der an den Landtag ge langten Petitionen und den Adressen katholischer Geistlichen überein. Es wird auch in unzweideutiger Weise, falls die Vorlagen des Kultusministers zum Gesetz erhoben werden sollen, diesen und somit der Obrigkeit der Geistlichen aufgeklärt. Derartige Kundgebungen sind jedoch nur geeignet, die Gesetze als unumgänglich nothwendig erkennen zu lassen. Der Kultusminister hat sich mit Recht unter allgemeiner Zustimmung dahin ausgesprochen, daß, je schroffer die Opposition gegen die Gesetze vorgehe, je verwegener sie im Voraus ihre Wirkung der obrigkeitslichen Gewalt proklamire, um so dringender die Pflicht des Staates sei, auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren, die Grenzen zwischen Staat und Kirche zu regeln und die Herrschaft der Gesetze zur unbedingten Geltung zu bringen. — Es bestätigt sich, daß das durch die Reichsverfassung verhickte Gesetz über die Organisation des Heeres im Kriegsministerium vollständig ausgearbeitet und dem Reichskanzleramt übergeben worden ist. — In der Budget-Kommission des Abgeordnetenhaus ist bekanntlich die Diätenfrage angeregt worden. Wie ich höre, haben im Schooße der Regierung über diese Angelegenheit Erwägungen stattgefunden, welche voraussichtlich noch in dieser Session zu einer Vorlage an den Landtag führen werden, in welcher eine Erhöhung der Diäten beantragt werden soll. Der Landtag wird um so unbefangener an die Behandlung der Vorlage herantreten können, als der erhöhte Satz erst von Beginn der nächsten Legislaturperiode eintreten soll. — Nach den bekannten Bestimmungen des Kultusministers über das Schulwesen und zwar in der Lehrordnung für die Schullehrer-Seminarien ist festgestellt, daß jedes Seminar mit einer mehrklassigen und einer einklassigen Uebungsschule organisch zu verbinden ist. In einer jüngst ergangenen Verfügung ist nun als Grundsatz aufgestellt worden, daß für eine solche Einrichtung die Provinzial-Schul-Kollegien als zuständige Aufsichtsbehörden zu gelten haben. Da jedoch noch unter dem Einflusse konkreter Verhältnisse einzelne Einrichtungen bestehen, welche den allgemeinen Bestimmungen nicht entsprechen, so soll ausnahmsweise, wo noch ein anderweitiges Ressort-Verhältnis besteht, es einstweilen dabei sein Bewenden behalten. Zur Herstellung vorschriftsmäßiger Uebungsschulen sollen jedoch sofort die nötigen Vorbereitungen getroffen werden.

△ Berlin, 4. Februar. Die heutige dritte Berathung der Verfassungsänderungen zeigt namentlich in den Reden von Schorlemér und Karadorff, daß die Hestigkeit des Kampfes hüben wie drüben noch fortwährend im Wachsen begriffen ist. Nach drei Wochen müssen sämtliche drei Lesungen über die Verfassungsänderungen wiederholt werden. Dazwischen allen je drei Lesungen über die vier kirchlichen Spezialgesetze. Wir haben also noch kirchliche Debatten in großem Umfang vor uns, ganz abgesehen von den darauf folgenden Verhandlungen im Herrenhause. Für ein Zweikammersystem kann die Methode der dreimaligen Lesung von Gelegen unter Umständen des Guten zu viel bringen. Die Gesammtklärung der Bischöfe ist im Ministerium eingetroffen. Man hatte nach dem Vorgange des Bischofs Martin die Erklärung schäfer erwartet, als sie jetzt ausgefallen ist. Wenn man nicht wüßte, daß die Bischöfe noch immer auf eine Sinesänderung bei dem Träger der Krone spekulirten, könnte man fast glauben, sie wünschten selbst einzuladen. — Bismarcks Plaudereien am Kabinett bei Gelegenheit seines parlamentarischen Dinners geben in Abgeordnetenkreisen noch immer viel Stoff zur Unterhaltung. Jüngst kam Bismarck auch wieder auf sein Lieblingsthema, den "passiven Widerstand der Geheimenräthe", zu sprechen. Er erzählte, daß schon 1867 ein als ultrareaktionär bekannter Geheimenrat im Ministerium des Innern den Auftrag erhalten habe eine neue Kreisordnung zu redigieren. Der Mann habe aber die Arbeit einfach liegen lassen. Vor das Disziplinargericht sei er nicht zu stellen gewesen. Im Gegentheil sei er durch Beförderung zum Regierungspräsidenten in der Rheinprovinz belohnt worden. — Man zweifelt nicht, daß Camphausen der gestern in der Budgetkommission beschlossenen Erhöhung der Dotations

für Elementarschulen von $\frac{1}{4}$ auf 3 Millionen schließlich zu stimmen wird. Falk hatte schon im vorigen Sommer diese Erhöhung beansprucht. Die Mittel zur Erhöhung sind reichlich vorhanden in dem Plus, welches die neue Veranlagung der Einkommensteuer und der Klassensteuer ergeben hat. Das Plus soll hauptsächlich zu lebenslänglichen Zulagen für ältere Lehrer verwandt werden. — Die Einführung eines Versicherungsgesetzes im Reichstage ist wieder zweifelhaft geworden, weil innerhalb des Reichskanzleramts die Ansichten über das nothwendige Maß der staatlichen Beaufsichtigung erheblich auseinandergehen. — Die Fortschrittspartei verhandelte gestern Abend über die im September d. J. bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage. Man beschloß den Kampf gegen die Klerikalen namentlich in der Rheinprovinz frühzeitig und planmäßig mit allem Nachdruck aufzunehmen. Die Stadt Köln hält man für ziemlich gesichert. In den übrigen Wahlkreisen der Rheinprovinz ist man zu einer Allianz mit den Nationalliberalen geneigt, sofern dieselben zur Hölste Kandidaten der Fortschrittspartei akzeptieren. Ostermontag wird in Köln eine Parteiversammlung von Vertrauensmännern aus den einzelnen Kreisen das Weitere beschließen. Ungefähr gleichzeitig wird auch in Wiesbaden eine Versammlung von Vertrauensmännern tagen, die Organisation in Nassau durchführen und einen Zentralausschuss niedersezieren. Für Nassau werden beide Parteien überall zusammengehen. Ebenfalls in den Ostertagen soll eine Vertrauensmännerversammlung in Berlin stattfinden für die Wahlen in der Provinz Brandenburg (außerlich Berlin) und der Altmark. In ähnlicher Weise wird man sich wohl auch in Schleswig-Holstein organisieren. Auch von der Provinz Ostpreußen erwartet die Partei Zuwachs. Noch vor Ostern wird der Wahlauskunft der parlamentarischen Partei erscheinen. Man sucht in dieser Weise die Organisation frühzeitig in Gang zu bringen, damit vor Beginn der Sommerreisen überall zur Bildung von Lokalkomitees geschritten werden kann. Die Erfahrungen der drei letzten Jahre, in welchen bald die Freikonservativen, bald die Klerikalen die Majorität im Abgeordnetenhaus entschieden, sind zu bitter, als daß nicht Alles daran gesetzt werden müßte, für die liberalen Parteien eine entschiedene Majorität wiederzugewinnen. — Hier in Berlin beschäftigen sich gegenwärtig mehrere Parteien mit der 25jährigen Feier des 18. März. Für die Fortschrittspartei haben die Wahlvorstände die Sache in die Hand genommen. Ohne gerade mit der Feier besondere Nebendemonstrationen verbinden zu wollen, beabsichtigt man doch die Bedeutung des Tages für die Entwicklung der Verfassung und des deutschen Einheitsgedankens in Versammlungen entsprechend hervorzuheben. — Zu Ehren des 70jährigen Geburtstages von Biegler hat die Fortschrittspartei heut ein Diner veranstaltet. Biegler wurde bereits gestern von zahlreichen Deputationen (u. A. aus Breslau) sowie durch Telegramme beglückwünscht. Unter den Gratulanten gemischtem Chor befand sich u. A. auch Windhorst (Meppen).

— Die "Böse Btg." schreibt:

Das Vertrauen der liberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses in die allerdings erstaunliche parlamentarische Arbeit der Kirchengesetzgebung ist nicht wenig durch den mitgeteilten Ausspruch des Kaisers geboten worden. Der Monarch richtete jene Worte zunächst an den Abg. v. Bemmisen, doch so, daß sie gleichzeitig von der ganzen Gruppe der Abgeordneten gehört wurden. Von den bei der Cour anwesenden Herrenhauptsmitgliedern beilebten sich einzelne mit einem großen Aufstand patriotischer Phrasen den Beweis zu liefern, daß die Majorität des preußischen Oberbaues zu den Kirchengesetzgebungs-Vorlagen eine ganz andere Stellung einnehme, als zur Kreisordnung. Schon gelegentlich der vertraulichen Verhandlungen der Fraktionsführer des rechten Flügels der Ständer mit dem Ministerium wurden von diesen Garantien für eine Mehrheits-Abstimmung in Sachen der Kirchengesetzgebungsvorlagen angeboten. Auch scheuten sich damals die Herren nicht, durchblieben zu lassen, daß sie in ihrer Opposition gegen die Kreisordnung den Fürsten Bismarck hinter sich zu haben glaubten. Heute gestehen sie, daß kein Mitglied des Herrenhauses zweifeln dürfe, die Kirchengesetze seien Bismarcks eigenstes Werk. Wenn nun der Kaiser sage, daß zu ihrer Durchbringung kein neuer Befreiungsschub erforderlich sei, so stimme dies vollständig mit der Stellung überein, welche die überwiegende Majorität des Herrenhauses zur Verfassungsänderung und zu den vier Gesetzen einnimmt. . . . Wir registrierten diese Rückzugsstatt feudaler Herrenhauptsmitglieder, ohne ihr großes Gewicht beizulegen. Die Herren mögen vielleicht erfahren haben, daß Fürst Bismarck seine Idee der Herrenhausreform wieder aufgenommen. Wir hören, daß dies nicht geringe Überraschung in ihren Reihen erregt, weil sie stets annahmen, daß der große Herrenhausschub nur erfunden wurde, um den kleinen zu hindern und den Grafen Eulenburg nicht Ministerpräsidenten werden zu lassen. Was es mit der Herrenhausreform Bismarcks auf sich hat, erscheint uns nicht ganz klar. Der Kaiser wollte überhaupt keinen Befreiungsschub, und seine jüngste Äußerung scheint nicht darauf hinzuweisen, daß er seine Meinung geändert. In liberalen Abgeordnetenkreisen freut man sich über diese Feigheit des Kaisers in einer Gesetzgebungsmaterie, die unter einflussreichen Personen die entschiedensten Gegner zählt. Man theilt in dieser Beziehung Details über Vorgänge bei Hofe mit, welche sich ihrer Natur nach nicht zur Veröffentlichung eignen, die aber ein charakteristisches Gewebe von Intrigen enthalten, deren Fäden der Abg. für Meppen sehr genau kennt. Daß der Kaiser den geheimen, wie den offenen Wünschen hochgestellter Personen, den Bischöfen, des Oberkirchenrats u. c. widersteht, das hat manchen Abgeordneten der liberalen Partei zurückgehalten, seiner Verantwortlichkeit über andere Dinge Ausdruck zu geben und entweder auf Urlaub zu gehen, oder sein Mandat niederzulegen.

— Der "Frankf. B." wird von Berlin, 1. Februar, geschrieben: „In der freien und meist sehr belebten Konversation, welche auf die parlamentarischen Diners bei dem Fürsten Reichskanzler zu folgen pflegt, fragte der Fürst, ob denn wirklich der Abg. v. Mallinckrodt behauptet, Preußen habe die italienische Regierung 1870 aufgefordert oder ermächtigt, von Rom Besitz zu ergreifen. Dies wurde von mehreren Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bestätigt. Der Fürst versicherte darauf, dies sei eine große Unwahrheit, der König von Italien sei im Beginn des Krieges mehr französisch, als deutsch gesinn gewesen. Dies antipathische Verhältniß sei während des Krieges nicht gehoben worden und erst gegen Ende des letzten, oder gar erst nach dem Friedensschluß, sei die Wiederherstellung eines Einvernehmens mit Italien möglich gewesen, jedenfalls sei jene Behauptung Mallinckrodt's, wenn solche gefallen, das direkteste Gegentheil der Wahrheit, und Deutschland sei frei von dem Vorwurf, irgend etwas gethan zu haben, was geeignet war, die feindselige Haltung Roms zu provozieren.“

— Dem Bundesrat ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Umgestaltung der deutschen Festungen (außer denen in Elsass-Lothringen) vorgelegt worden, wodurch im Ganzen die Geldmittel von 68 Millionen Thalern aus der Kriegskosten-Entschädigung gefordert, für 1873 und 74 die Summe von 18 Millionen Thalern und für die folgenden 10 Jahre je 5 Millionen Thaler bereit gestellt werden. Ein Berliner Korrespondent schreibt dazu:

Die beigegebenen Motive lehnen an die Erfahrungen des letzten Krieges und an die Ergebnisse der Berathungen der Landesverteidigung-Kommission an, welche vom Kaiser berufen worden ist

und unter dem Präsidium des Kronprinzen gearbeitet hat. Das Ergebnis dieser Berathung wird dahin zusammengefaßt: 1) daß einzelne größere Zentralpunkte für die Landesverteidigung geschaffen werden müssen, 2) dadurch ein Theil der vorhandenen Festungen eingeben können, 3) daß für die bleibenden Festungen hauptsächlich eine intensive Verbesserung der Befestigungen und der Ausrüstung zu gewinnen sei. Hauptsächlich wird beabsichtigt die Anlage von detachirten Werken, artilleristische Verstärkung an gejogten Geschützen, Vermehrung der Kriegs-Pulvermagazine, der Munitionsserres und der Räume zur bombenicheren Unterbringung von Mannschaften und Vorräthen, sowie die Verbesserung der Deckung der vorhandenen derartigen Höhbauden, endlich Befestigung anderer Mängel bezüglich der organische Gestaltung zu schaffen, die im Grundgedanken der Widerstandskraft. In gleichem Maße, wie für diese Zwecke werden die Mittel für die Seefläge und Küstenbefestigungen (dafür allein 25 Mill. Thlr.) gefordert und die Nothwendigkeit der Bewilligung wird nachgewiesen. Das Gesammtforderniß einschließlich der bereits für Elsaß-Lothringen bewilligten 28 Millionen Thaler beläuft sich auf 96 Millionen Thaler. Davon entfallen auf die Südgrenze und die Südwestgrenze (elsaß-lothringische Plätze, Rastatt, Ulm &c.) etwa 30,7 pCt., auf den nördlichen Theil der Westgrenze (Mainz, Koblenz, Köln) 10,9, auf die Nordgrenze (die Küsten, Memel, Pillau, Danzig, Kolberg, Swinemünde, Stralsund, Friedrichsort, Sonderburg-Düppel, untere Elbe, untere Weser, Wilhelmshaven) 27,6, auf die Ostgrenze (Königsberg, Thorn, Posen, Küstrin, Glogau) 26,2; auf das Innere (Spanien) 4,6 pCt. Es wird darauf hingewiesen, daß der Geldbedarf von 68 Mill. Thlr. schnell bewilligt werden muß, und daß dazu in dem Reichsgesetz vom 8. Juli v. J. ein Betrag von 1½ Milliarden Franken (400 Millionen Thaler) disponibel ist. Von Interesse ist die bemerkung, daß es nicht die Absicht sei, eine Niedrigung der eingehenden Festungsarbeiten in großem Umfang und mit erheblichen Kosten vorzunehmen, sondern zunächst nur an einzelnen Stellen in Verbindung mit einer Umgestaltung der Thorpassagen eine wirkliche Öffentzung vorzunehmen und das Weitere den betreffenden Städten zu überlassen. Bei sehr lebhaftem Erweiterungsbestreben soll schon sofort nach dem Zustandekommen des Gesetzes nachgegeben werden.

Die vorstehende Mittheilung wird durch folgende Notizen vervollständigt:

Erweiterungen sind beschlossen für Köln auf Höhe von 9,159,000 Thlr., Koblenz 309,000 Thlr., Mainz 922,000 Thlr., Rastatt 43,000 Thlr., Ulm 1,210,000, Spanien 4,434,000 Thlr., Küstrin 4,741,000, Posen 7,023,000, Thorn 5,280,000, Danzig 773,000 Thlr., Königsberg 7,837,000 Thlr., Glogau 278,000, Neisse 242,000, Memel 73,000, Pillau 50,000, Kolberg 267,000, Swinemünde 1,426,000, Stralsund 275,000, Friedrichsort 1,822,000, Sonderburg-Düppel 2,227,000, Befestigungen der unteren Elbe 4,373,000, Befestigung der unteren Weser 5,061,000, endlich Wilhelmshaven 10,177,000. Man er sieht hieraus, daß die stärksten Befestigungen für Köln, dann aber für Königsberg und Posen in Aussicht genommen sind. Die Kostenberechnungen erfolgten nach Kostenanschlägen und örtlichen Ermittlungen. Die Entschädigungen, welche nach dem Rayongesetz den Grundeigentümern gezahlt werden müssen, deren Häuser in die Rayons hineingezogen werden, sind nicht berechnet worden, weil diese Entschädigungen zumeist als Renten zu gewähren sind, deren genaue Höhe sich bei der kurzen Zeit des Bestehens des Gesetzes nicht aufzuführen läßt. Die angestellten Berechnungen beziffern den Kapitalswert aller zu gewährenden Rayons entshädigungen auf circa 4% Million Thaler. Die Kosten für Geschütze und Munition beruhen auf Ausrüstungsentwürfen, welche die Geschützausstattung nach Zahl, Art und Kaliber festsetzen, sowie auf den erfahrungsmäßigen Kosten der verschiedenen Geschütze. Die Landes-Bertheidigungs-Kommission befindet bei den Vorschlägen zur Verstärkung der artilleristischen Ausstattung der Festungen die Erfahrungen des letzten Krieges gegen Frankreich, wonach es außer allem Zweifel steht, daß der rath und mit verhältnismäßig geringen Opfern von uns erzwungene Fall vieler kleineren französischen Festungen durch deren veraltete und gegen die heutigen Angriffswaffen nicht mehr genügende Ausstattung und Ausrüstung wesentlich mit herbeigeführt worden ist.

Königsberg, 2. Februar. Wie in diesen Tagen hier versammelten Geistlichen, welche darüber berichten, welche Standpunkt die evangelische Kirche bei den gegenwärtigen religiösen Wirren einzunehmen habe, haben beschlossen, eine Versammlung von Gemeindemitgliedern und Geistlichen in nächster Zeit einzuberufen, um sich über ein gemeinsames Handeln in dieser Angelegenheit zu verständigen und entweder durch Revolution oder durch Petition die überwiegende Ansicht an geeigneter Stelle zum Ausdruck zu bringen.

München, 2. Februar. Das "Programm", welches der Herr Bischof von Mainz dieser Tage in einer Broschüre für die deutschen Katholiken aufgestellt hat, wird im "Vaterland" des Herrn Dr. Sigl als unannehmbar erklärt, und hierbei des Herrn Bischofs in eben nicht sehr schmeichelhafter Weise gedacht. "Wir halten es" — sagt Herr Dr. Sigl am Schlusse des Artikels — "wahrhaftig lieber mit Herrn v. Gerlach, der mutig und ehrlich genug ist, um über den Deutschen den Christen zu stellen. Herr v. Ketteler könnte sich doch wohl mit dem von ihm auf politischem Gebiete bereits angerichteten Unheil begnügen und auf fernere Vorbeeren auf diesem undankbaren Felde, für das er nicht der rechte Mann ist, verzichten, sonst könnten die letzten Dinge noch ärger werden als die ersten."

München, 2. Februar. Auch die sonst in diesen Dingen sehr schwiegende bairische Presse bespricht jetzt wieder öfters die beständige Ministerkrise und die planlose und launenhafte Haltung der bairischen Regierung und klagt die Minister wegen ihrer Willensschwäche an. An einem Artikel der münchener "Neuesten Nachrichten" s. B. heißt es, nachdem die militärischen Spielereien mit dem "kriegshistorischen" bairischen Blau und der Raupe am Helm fälschlich verstückt worden und auf die bairischen Gesellschaften, namentlich in Rom hingewiesen, gegen den Schluss:

Diese Unbegreiflichkeit, das Hin- und Herschwanken zwischen partikularistischen Anwandlungen und Reichstreue das zeitweilige Liebäugeln mit dem Ultramontanismus, die vielversprechenden Wünfe an Führer der liberalen Partei, kurz die ganze Zweideutigkeit und Unklarheit der gegenwärtigen bairischen Politik — das sind die Erzeuger der immer wieder auftauchenden und geglaubten Gerüchte über Ministerkrisen. Der gesunde Menschenverstand, der weder von Hoffnung inspiert ist, noch die Dinge durch die von Hochmuth verdunkelten Gläser angeblicher Staatsmänner und Diplomaten betrachtet, kann nun einmal nicht verstehen, wie Männer von der Einsicht, dem Charakter und der Vaterlandsliebe, wie unsere Herren Minister in solchen trüben Verhältnissen so lange verweilen können. Welche merkwürdige Handlungen die bairische Politik noch durchmachen wird, das vermag ich bei der Unberechenbarkeit und Launenhaftigkeit so mancher dabei mitwirkenden Faktoren nicht vorauszusagen, aber das wissen wir mit aller Sicherheit, daß eine zweideutige, hin- und herschwankende Politik eben so sehr wie eine offen reichsfeindliche zum Ruine des Landes führt.

Die kürzlich telegraphisch angezeigten Militär-Personalaänderungen sind in ihrem ersten Theil eine Folge der vor mehreren Wochen in der Presse vielfach besprochenen Vorgänge bei der Eröffnung der Offiziers-Speise-Anstalt in Ingolstadt — Vorgänge die darnach doch wohl viel ernster Natur gewesen sein müssen als man nachträglich glauben machen wollte. — Auf einige Beschuldigungen der "Landeshüter Btg." antwortet Dr. Sigl in seinem "Vaterland" in folgender sprachhaften Weise:

Es wird uns von der tugendhaften Landeshüterin wieder einmal die 1864 begangene Todsünde vorgenommen: ein Vierteljahr frohsinnig liberal gewesen zu sein, in welchem Zustande wir gegen Sylabus und Encyclopädie einiges dumme Zeug geschrieben haben. Nun'

daß ist wahr und wir haben es niemals geleugnet. Ist es her nicht gerade lächerlich, dem Redakteur des "Vaterland" bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit vorzuwerfen, daß er vor 8 oder 10 Jahren einmal etwas Dummes gemacht? Wir könnten uns auf Paulus und Augustinus berufen, die, bevor der Eine Apostel und der Andere Bischof wurde, doch auch etwas Erflektisches an — Unzulässigkeiten geleistet haben, aber mit der Zeit sogar Heilige geworden sind.

Frankreich.

Paris, 2. Februar. Das "Univers" meint, seit Eröffnung der National-Versammlung habe es schwerlich eine Sitzung gegeben, die "dramatischer" als die heutige Schlussitzung über die syoner Kontrakte gewesen wäre. Dramatisch aber ist nicht der rechte Ausdruck, oder man müßte denn die alten Ritter- und Räuberstücke vorzugsweise dramatisch nennen. Noch, gemein und händerüchtig war der Charakter dieser drei Sitzungen in hohem Grade. Die Leidenschaftlichkeit der Parteien ging so weit, daß in der letzten Sitzung von der Syone selbst, von der syonen Kaufkontrakten, gar nicht mehr die Rede war, und doch hatte der Herzog von Audiffret-Pasquier den Muß, zu erklären, "weder er noch seine Freunde brächten politische Vereinigungen mit in die Debatte." Was würde also erst geschehen sein, wenn diese Leute mit solchen aufgetreten wären! Zur Ehre der Franzosen sprechen sich wenigstens die anständigen Zeitungen, wie das Journal des Debats, voll bitteren Unwillens über dieses Treiben aus.

Schweden und Norwegen.

Um die Union zwischen Schweden und Norwegen, wie der König in der Thronrede bei Eröffnung des schwedischen Reichstages bemerkte hat, noch fester zu schließen, soll ein für die gemeinsamen Angelegenheiten beider Länder gemeinsames Parlament nach Art der österreichisch-ungarischen Delegationen als das beste Mittel erkannt werden sein. Der verstorbenen König hegte diesen Plan mit Vorliebe, und der jetzige König, der sich am 31. Januar nach Christiania begeben hat, will, wie es heißt, dort die Frage zur Sprache bringen. Die für ihre demokratischen Freiheiten sehr befreitgeborgen Norweger dürfen aber schwerlich etwas davon hören wollen. Das Gerücht, beide Länder sollten durch einen Zollverein mit einander enger verbunden werden, wird von norwegischer Seite für durchaus grundlos erklärt.

England und Polen.

Die in Petersburg tagende Kommission zur Berathung der Armee-Organisation soll, laut der wiener "Deutschen Zeitung", sich in großer Verlegenheit befinden, denn die Schwierigkeiten, die sich der beabsichtigten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht entgegenstellen, häufen sich, und es sollen noch jetzt, nach zweijährigen Arbeiten der Fach-Kommissionen, in den maßgebenden Kreisen Meinungs-differenzen in wichtigen Fragen herrschen. Man ist auf diese Weise in Russland Betreffs der Armee-Organisation momentan in eine kritische Lage gelommen. Die Reformen Milutin's, die im Laufe der letzten Jahre eingeführt wurden, haben sich noch nicht einwurzeln können, und die alte Organisation der Armee ward völlig zerstört; es dürfte daher wohl nicht zu den Unmöglichkeiten gehören, daß man im entscheidenden Momente, anstatt einer schlagfertigen Armee, nicht viel mehr als ein gediegenes Material und schäkenswerthe Projekte zur Verfügung hätte. — Für die Reise des Schahs von Persien über das Kasische Meer wird der Kriegsdampfer "Nafr-Eddin-Schah" von 160 Pferdekraft und mit fünf Kanonen in einer Weise ausgerüstet, wie sie für einen orientalischen Monarchen geeignet ist.

R. C. Das Räuberwesen resp. Unwesen findet außer in Italien nirgends einen so guten Boden, wie in Teutschland, einmal wegen der mangelhaften Verwaltung in den Gouvernementen; dann wegen der vielen oft weiten Strecken, welche ganz unbewohnt und unbebaut sind, dann wegen der großen dichten Urwälder, welche sich noch in manchen Gegenden Russlands befinden und die kein Mensch, wenigstens Niemand, der nicht besondere Absichten hat, betritt, und endlich wegen der Dummheit der Bevölkerung. Alle die Umstände tragen denn auch dazu bei, daß das Räuberwesen in Russland noch sehr stark kultivirt wird, und daß es recht schwer fällt, Banden, deren Existenz feststeht, dingfest zu machen. Fast wöchentlich laufen Berichte ein, daß hier oder da, in diesem oder jenem Gouvernement, eine Bande entdeckt, höchst selten aber, daß eine solche Bande eingezogen und aufgehoben sei. Alles bisher Dagewesene übersteigt jetzt eine aus Cherson einlaufende Nachricht, nach welcher sich in jenem Gouvernement der Hauptstift einer vollständig organisierten Bande befindet, welche auf die ganzen umliegenden Gouvernemente ausgedehnt ist und in mehrere kleinen Banden unter ihren eigenen Häuptern zerfällt, die von der Bandenverwaltung ihre bestimmten Aufträge erhalten, eine Bande, die ihre besonderen Comtoires an verschiedenen Orten, ihre eigenen Fabriken falscher Pässe und Legitimationen hat, in der sich sogar angesehene Personen befinden sollen und in der ein besonderer Eid abgelegt werden muß. Mehrere Mitglieder dieser Bande sind kürlich arreliert worden, und es befinden sich unter denselben Deserteure, Juden, Kolonisten, Kleinbürger, Gemeinde-Aelteste, Stadthäupter &c., also Mitglieder der niederen Rangstufen bis zu den angesehensten.

Vom Landtage.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 4. Februar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministerial Dr. Falk und Achenbach. Zur allgemeinen Diskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Art. 15 und 18 der Verfassung, der heute zur dritten Berathung steht, melden sich 9 Redner zum Wort, 5 gegen, 4 für die Vorlage.

Abg. v. Gerlach spricht in mehr als einstündiger, fast unverständlicher Rede gegen den Gesetzentwurf: Ich trete heute auf als Glied der evangelischen Kirche, dessen Theils der evangelischen Kirche, der das Kirchenregiment S. M. des Königs anerkennt, nicht in irgend einer Art Gleichtüchtigkeit gegen die Bemühungen und Kämpfe der Katholiken in diesem Hause. Ich fühle mich in diesem Kampfe aufs Innigste mit ihnen verbunden; ich fühle meinen evangelischen Glauben und meine brüderliche Liebe zu den Katholiken entzündet durch diesen Kampf und auch meine Hoffnung: denn ich hoffe auf ihren Sieg. Sie sehen heute nur die deutschen Bischöfe vereinigt in diesem Kampfe, vielleicht aber wird das gesamme Episkopat der Erde in diesem Kampfe mit zu Felde ziehn. (Hört!) Ich knüpfte an diese Hoffnung auf Sieg den Wunsch, daß die Gemeinschaftlichkeit der evangelischen und katholischen Kirche im Kampfe gegen diese Gesetze immer mehr zum Bewußtsein kommt in diesem Hause wie im ganzen Lande. Ich befnde mich diesen Gesetzen gegenüber in demselben Fall wie der Bischof von Ermland. Ich nehme für mich dasselbe Recht in Anspruch, wie er, und habe dieses Recht in meinem langen Leben oft ausgeübt: zu prüfen, ob ich solchen Staatsgesetzen ohne Sünde, ohne Verletzung höherer Pflichten gehorchen kann. (Hört!) Ich bin also in dieser Beziehung solidarisch mit dem Bischof von Ermland verbunden. Unsere Verhandlungen hier werden im ganzen Lande gelezen. Ich hätte wohl gehofft und gewünscht, daß auf Auflösungen solcher Art, wie sie von dem Abg. Birch und andern hier gefordert sind, die Re-

gierung klar und bestimmt ausgesprochen hätte, was sie eigentlich unter Religion verstehe, was ihre Religion eigentlich sei; ich hätte wohl gewünscht, daß uns der Kultusminister sein Glaubensbekenntnis hier abgelegt hätte. Irgend etwas der Art haben wir aber vom Regierungstisch gar nicht gehört. (Ruf links: Ist gar nicht nötig!) Ich bin den Reden des Kultusministers mit Aufmerksamkeit gefolgt; ich habe ihm geistig die Hand gereicht und siehe, seine Hand war eiskalt. (Heiterkeit.) Ich habe ihn gefragt: Wer ist Dein Gott? und siehe, er antwortete: Ich bin der omnipotente Staat, was geht uns Glaube, was geht uns Gott? Ich habe ihm in die Augen gesehen und siehe, seine Augen waren starr. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Reichensperger hat sich bezüglich der Entstehung der Artikel 15 und 18 auf das Frankfurter Parlament und die Nationalversammlung berufen. Dabün kann ich ihm nicht folgen. Für mich sind diese Verhandlungen, für mich ist das ganze J. 1848 keine Autorität. Wir haben Mühe genug gehabt aus diesem Roth herauszukommen. (Ruf links: oho! pfui!) — Ueber den Entwürfen steht der Name des Königs; aber in den Gesetzen verschwindet dieser Name völlig und an seine Stelle tritt das Abstraktum: Staat. Der Reichsfanaler hat einst gesagt: An dem Fels der christlichen Kirche wird das Karrenstück der Zeit scheitern. Wenn man diese Gesetzewürfe betrachtet und die Auslassungen von der Regierungssseite hört, dann scheint dieser Fels sich ganz in einen Nebelstock aufgelöst zu haben.

Abg. v. Brauchitsch (für): Wenn ich es wage, gegen alte gewiegte Parlamentsmänner in den Kampf einzutreten, so denke ich dabei an meine Jugendzeit, in welcher ich zu Heidelberg einem Corps angehörte, dessen Mitglieder größtentheils nur ein Jahr in Heidelberg blieben und welches mit den anderen Verbindungen, deren Leute in der Freiheit lange Uebung hatten, in fortwährendem Kampfe stand. Ebenso stehe ich jetzt einem Mann gegenüber, der ehemals Führer der konservativen Partei war, der aber jetzt eine Richtung verfolgt, welche wir nicht mehr als konservativ anerkennen können. Freilich sagt er uns dasselbe; ich will nicht Richter darüber sein, wer von uns Recht hat. Das Zentrum sagt zu uns: wie könnten ihr von eurem konservativen Standpunkte aus diesen Gesetzen zustimmen? Und zur Lüften: wenn ihr diese Gesetze annehmt, tödet ihr den Liberalismus. Es ist ganz bezeichnend, daß diese Fraktion sich Zentrum nennt, denn sie hat eine Brücke geschlagen zwischen den rechten und linken Seiten, indem sie die Liberalen gewungen hat, gegen ihre Neigung die Staatsgewalt zu stärken und die Konservativen an ihre Pflicht erinnert hat, die Autorität der Kirche nicht stärker werden zu lassen, als das Wohl des Staates es gestattet und die Staatsgewalt gegen alle Angriffe zu schützen, woher sie auch kommen mögen. Früher hatten wir die Autoritäten des Kirchenregiments auf unserer Seite; zu unserem Bedauern besteht dieses Verhältnis jetzt nicht mehr. Denn unmöglich können zwei souveräne Gewalten nebeneinander bestehen. Herr v. Mallinckrodt ist logisch genötigt, das Placet der Kirche in Bezug auf die Staatsgesetze fordern zu müssen, während früher der Staat den Kirchengebissen sein Placet ertheilte. Der Vorredner hat zwar behauptet, der Bischof von Ermland habe sich den Gesetzen unterworfen, soweit es das Gebiet des Staates betrifft. Aber in diesem Vorbehalt hat er sich ja das letzte Placet reservirt. Die Kirche ist durchaus nicht eine wehrlose Frau. Herr Windhorst hat neulich erst gesagt: Hinter uns stehen 200 Millionen Katholiken! Ist das eine nehrlose Macht? Wenn die Kirche eine Frau ist, so ist der Staat der Hausherr, dessen Anschein respektiert werden muß. Wir halten die Kirche für zu bedeutungsvoll, als daß wir in eine Demokratisierung derselben, wie sie der Abg. Birchow wünscht, willigen sollten. Aber der Staat muß sein Gebiet streng festhalten; der Artikel 15 befagt ja nicht, daß Staat und Kirche gar nichts mit einander zu thun haben. Daß die Freiheit der Kirche nicht beschränkt werden soll, beweist der Umstand, daß gerade von der Regierung die Gesetzewürfe eingebracht werden. Die Freiheit der Kirche soll nur mit der des Staates vereinbart werden, und dazu sind die Gesetze und die Verfassungsänderung nothwendig.

Abg. v. Miscke-Collande (gegen): Den schweren Vorwurf, daß wir nicht mehr konservativ seien, gebe ich der Fraktion des Vorredners zurück. Nach unserer Auffassung muß in einer Erbmonarchie Grund und Boden mit gewissen Rechten verbunden sein. Als die Regierung diesen Grundtag nicht mehr anerkannte, erkannte Sie ihn auch nicht mehr an, gingen also von Ihrem konservativen Prinzip ab. Ich wünsche, daß die Regierung und das Haus der katholischen Kirche nicht zu nahe treten möge. Der Minister bringt uns Gesetze ein; wir wählen eine Kommission sie zu beraten. Der Minister hat uns gesagt, daß manches darin gegen die Paragraphen der Verfassung verstößt. Ich glaube, wir sind einig, daß vieles gegen die Verfassung verstößt. (Widerspruch links.) Die Kommission mußte erst die Gesetze durchberaten und dann eine etwa nötige gewordene Änderung vorstellen; jetzt schlägt sie eine Änderung vor ohne die Gesetze durchberaten zu haben. Sie hätte nun die wichtigsten Gründe dafür anführen müssen. Mit Friedrich Wilhelm IV. wünschte ich, daß sich kein Blatt Papier zwischen König und Volk schreiben möge. Aber die Verfassung kam und wir haben sie beschworen. Es ist zwar ein Artikel da, der ihre Abänderung zuläßt, aber von dem sollte man nur im äußersten Falle Gebrauch machen. Eine Nothwendigkeit ist nicht vorhanden, denn selbst der Herr Referent sagt, eine Änderung sei nur wünschenswert. Der Grund, weshalb Sie (links) so energisch zustimmen, ist der, daß Sie den Staat in dem sog. Kampfe gegen die katholische Kirche unterstützen wollen und zwar so rächtig wie möglich. Ich will den Kampf nicht schärfeln, sondern nur erklären, daß wir bereit sind, das zu beweisen, was wir 1866 und 1870 bewiesen haben, die Treue gegen König und Vaterland. Friedrich der Große, welcher fragte: „Ich bin der erste Diener meines Staates“, stand mit den Bischöfen auf dem besten Fuße und machte keinen Unterschied zwischen Katholiken und Evangelikalen. Diesen Grundtag haben auch seine Nachfolger befolgt und dadurch steht das Haus Hohenzollern so hoch und herrlich da. Ludwig XIV. dagegen welcher sagte: „l'état c'est moi“, vertrieb die evangelischen Landestinder und die Bourbons wurden gestürzt. Auch jetzt fragt man im Lande: „Mein Gott, was wird jetzt mit uns werden? Wir werden verfolgt und unterdrückt werden.“ Ich habe darauf geantwortet: tröstet euch nur, das wird nicht geschehen; denn die ein warmes Herz für die Kirche haben, werden gemeinschaftliche Sache machen, um gegen den Unglauben anzukämpfen. (Heiterkeit links.) Wir wissen, daß wir einen weisen und gerechten König auf dem Thron haben, und seine Räthe werden auch mit uns gehen, wenn sie erst zur Einsicht kommen. (Stürmische Heiterkeit.)

Ein Schlusshandlung wird abgelehnt.

Abg. v. Kardorff (für): Mr. v. Mallinckrodt nannte die für die Nothwendigkeit dieser Gesetze vorgebrachten Argumente „Phrasen.“ Das ist allerdings die begrenzte Art, den Gegner abzuspielen. Wenn er in den Motiven es besonders als Phrase bezeichnet, daß vorl. gefragt wird, Erscheinungen in der katholischen Welt hätten diese Gesetze nothwendig gemacht, so will ich es verlügen, die Nichtigkeit, den thätsächlichen Hintergrund dieses Sothes nachzuweisen. Mr. Glaser hat die Proklamirung des vatikanischen Dogmas als die einzige derartige Erscheinung bezeichnet. Eine verfehltere Antwort gibt es nicht. Wäre dieses Dogma ohne gleichzeitige andere wichtige Erscheinungen ins Leben getreten, so würden wir in der evangelischen Welt vielleicht gefragt haben: Da wird auf einmal die tausendjährige Verfassung der katholischen Kirche des Epipolyptismus zu Gunsten des päpstlichen Absolutismus umgestoßen. Aber wir hätten abgewartet, ob die politischen Konsequenzen dieses Dogmas wirklich gezeigt worden wären. Nun stand aber die Erscheinung des Dogmas nicht allein, ich erinnere nur an das Symptom der absoluten Abhängigkeit des niederen Klerus, welches nunmehr in Verbindung mit dem Infallibilitätsdogma die Abhängigkeit dieses Klerus von Rom ergab. Ein zweites Symptom ist das Anwachsen der Klosterkongregationen. Herr v. Mallinckrodt hat mir vorgeworfen, wenn ich von Klosterkongregationen hörte, geriete ich immer in eine nervöse Aufregung. Ich kann versichern, daß das unrichtig ist, ich erkenne die Klosterkongregationen bis zu einem gewissen Grade als zum Wesen der katholischen Kirche gehörig, vollständig an, und ich erkenne auch an, was von den Rednern des Zentrums hergehoben ist, daß wir nämlich in der evangelischen Kirche, wenn nicht mit so strengen Gelübden, so doch ähnlichen Kongregationen ins Leben gerufen haben, die nach vielen Richtungen hin sehr regensreich wirkten. Aber est modus in rebus; die statistischen Zahlen über das Anwachsen

der Klosterkongregationen belehrten uns darüber, daß wir auf dem besten Wege waren, in spanische Verhältnisse hineinzugerathen, wo es bestimmt in einem Jahre 9000 Mönchsstäler ungerechnet die Nonnenklöster gab. An diesen Verhältnissen ist Spanien mit zu Grunde gegangen, und wir konnten das Anwachsen der Klöster umso weniger mit ruhigen Augen ansehen, als die Klostergeistlichen wiederum einen bestimmten Einfluß auf den niederen Klerus ausübten und weiter überall das Bestreben zeigten, den Jugendunterricht in ihre Hände zu bringen. Aber auch diese Erscheinung allein würde uns höchstens dahin geführt haben, irgend welche Schranken gegen dieses schnelle Anwachsen der Klosterkongregationen zu ziehen und nichts weiter. Nun kommt das dritte Symptom, das in Ihr Erscheinen im Landtage und Reichstag, die Bildung einer politisch-kirchlichen Partei im Landtage und Reichstage, die von vornherein eine vollständig antinationalistische Richtung verfolgt. (Oho! im Zentrum. Abg. Reichensperger (Olpe), das ist eine Beleidigung!) Herr Reichensperger wird mir gestatten, daß ich jetzt das Wort habe und dies begründe. Der Abg. Windhorst sagte zwar: Wir sind auch national, wenn der Feind an den Grenzen sieht, sind wir auch da. Und doch haben seine Freunde in Baieri, die sog. Patriotenpartei, bis in die jüngste Zeit ein Bündnis mit Frankreich befürwortet. National heißt doch die Summe derseligen Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die fehlende Einigung der deutschen Stämme zu bewirken. (Reichensperger (Olpe): Das ist national-liberal!) Nein! das ist nicht national-liberal, sondern ein Standpunkt, der weit über die liberalen Parteien hinausgeht. (Reichensperger (Olpe): Wir sind föderativ.)

Präsident: Ich muß bitten, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. v. Kardorff (fortfahrend): Sie können nicht bestreiten, daß sie dieser nationalen Politik der Einigung der deutschen Thüme, der Politik Bismarck den heftigsten Widerstand geleistet haben. In diesem Sinne kann ich Ihre Politik antinational nennen (Widerspruch im Zentrum). Soll man Ihnen glauben, so sind Sie so unschuldig, wie die neugeborenen Lämmer. Herr v. Mallinckrodt hat ihre Verbindung mit Rom in Abreic gestellt, Sie werden auch Ihre Verbindung mit den Blättern Ihrer Farbe, die dies ausgesprochen, bestreiten. Das ist Alles Erfindung der bösen, freikonservativen Partei, der Grund Ihres Horres gegen unsre Fraktion liegt einfach in der That, daß sich bei uns eine Anzahl Katholiken zusammengefunden hat — (Rufe im Zentrum: hat, hat!) — ich sage: noch haben, welche entschuldigen sind, die nationale Politik des Fürsten Bismarck zu unterstützen. Das konnten Sie nicht vertragen, Sie wollten eine solche Unterstützung der nationalen Politik nicht haben, und deshalb erging an die Wahlkreise das Kommando, nur solche zu wählen, die von vornherein versprächen, in die Zentrumsfraktion zu treten. Der Abg. Reichensperger hat noch neulich behauptet: „Wir im Zentrum repräsentieren ausschließlich die glaubenstreuen Katholiken zu Lande.“ Der Vorredner gehört nicht zum Zentrum, und ich nenne noch einen Namen und warte, obemand die Stirn haben wird, die Glaubenstreue des Mannes anzuzweifeln, den Namen Küntz. Der Kanonikus Küntz hat sich von Ihrem agitatorischen Treiben widerwillig abgewendet, wie es ein in den Zeitungen veröffentlichter Brief ausspricht. (Abg. Reichensperger (Olpe): Wir lassen uns nicht Agitatoren nennen; sollen wir das sein, so protestieren wir dagegen.) Hätte ich etwas Unparlamentarisches gesagt, so hätte mich der Herr Präsident zur Ordnung gerufen. (Abg. Reichensperger (Olpe): Dann beantrage ich, daß Sie zur Ordnung gerufen werden.) Das ist das Recht des Herrn Abg. Reichensperger, den Ordnungsruß gegen mich zu beantragen. (Abg. Reichensperger: Das habe ich eben gehabt.) Ich konstatire, daß wie der Kanonikus Küntz, so noch Hunderte von glaubenstreuen Priestern und Hunderttausende von glaubenstreuen Katholiken denken. (Sehr wahr!) Sie (zum Zentrum) führen mit ihrer großen Kunst der Dialektik, mit vielen scheinbar sehr glänzenden Gründen den Nachweis, daß Sie und nicht wir die nationale Politik vertreten, aber die große Mehrheit der deutschen Nation gibt Ihnen dies Anerkenntnis nicht. Nur diejenigen treiben nationale Politik, die den Standpunkt der Männer festhalten, welche Deutschland in der großen Zeit der Befreiungskriege lieb und werth gewonnen hat. Männern, wie dem Freiherrn vom Stein, dem Marschall Blücher preiste der Schmerz darüber, daß Deutschland durch die Ränke der Bürokratie und der Kleinstaaten um die Frucht seiner Siege betrogen sei, manches bittere Wort aus; heute haben wir das Glück gehabt, den Fürsten Bismarck unsere Politik leiten zu sehen, und die deutschen Fürsten schlossen sich ihr meist hochherzig an. Sollen wir nun ruhig zuschauen, wie sich eine Macht konzentriert, die die deutsche Einheit aufs Äußerste gefährdet, daß eine Politik inauguriert werde, die uns in die alte Kleinstaatenrei, in die alte Misere des Bundesstaates zurückführen würde? (Sehr gut! lins, Widerspruch im Zentrum.) Ich gehe hier auf die Frage nicht ein, ob die vorgelegten Gesetze das Maß der Inspektion der kirchlichen Freiheit überschreiten oder nicht. Nur eins erwähne ich. Welche Absichten hat man nicht der Regierung und der Majorität dieses Hauses untergeschoben! Eine Nationalkirche nach russischem Muster zu gründen, den Cäesaropäismus einzuführen und den Altchristianismus ans Nader zu bringen! (Sehr wahr! im Zentrum.) Dann sollte das ganze eine neue Freimaurerverchwörung sein (Heiterkeit), und endlich hat Herr Reichensperger gesagt, die Konsequenzen ihrer Absichten müßten die Majorität dieses Hauses zu den sozialistischen Gesinnungen des Herrn Bebel führen. Natürlich findt solche Dinge nicht für uns, sondern für Ihre Wahlkreise gesagt (Widerspruch im Zentrum); aber wunderbar ist in Ihren Wahlkreisen die Leichtgläubigkeit der Leute, die sich solche Märchen aufzubinden lassen (Murren im Zentrum). Wer dient bei uns an eine Nationalkirche nach russischem Muster? (Abg. Windhorst (Meppen): „Sie und Bismarck“). (Unruhe, Heiterkeit.) Von Beginn an hat die Altchristianen hat die Regierung sich fern gehalten. Was aber die Freimaurerverchwörung betrifft, so zeigt die Beobachtung der letzten Jahrzehnte, daß die Freimaurer an den politischen Bewegungen keinen Anteil gehabt haben. Was die sozialdemokratische Tendenzen angeht, so mache ich die Herren, die davon gesprochen haben, auf das oberschlesische Blatt „Katholit“ aufmerksam, wo der oberschlesische und polnische Arbeiter gegen Deutsche und Altchristianen aufgehetzt wird. Hätten die Herren diese Blätter gelesen, so würden sie sich vor ihren Anschuldigungen geflüchtet haben. Sie sprechen von grausamen Verfolgungen. Abgeordneter Windhorst hat uns erzählt, der Kaiser Nero hatte sein Pferd arbeiten lassen und dergleichen. Ich freue mich aller dieser Leibertreibungen, weil sie ein Zeichen der Schwäche sind. Wenn wir von grausamen Verfolgungen denken, so können wir nur an die Verfolgungen denken, die die jetzt in Rom herrschende Partei in Spanien und den Niederlanden ins Leben gerufen hat. Wir wissen sehr gut, heute würden Sie nicht mehr die Reiter auf dem Scheiterhaufen verbrennen. (Unruhe, Widerspruch, Ruf: Auch heute noch!) Aber das werden Sie uns nicht einreden wollen, daß Sie eine Regel wie die Ausweisung der Jesuiten nicht ohne jeden Skrupel treffen würden, wenn Sie in einem Lande die Herrschaft hätten und diese so bedroht fühlten, wie wir sie durch die Jesuiten bedroht fühlten. Ich komme auf die evangelische Kirche, der Abg. v. Gerlach hat uns erklärt, die Annahme der Verfassungsänderung würde die Verstärkung der Kirche inauguriiren, die Kirche würde im Nationalismus ersäuft und verbrannt im Fanatismus. Und wodurch wird das bewiesen? damit, daß wir mit solchen über diese Veränderung übereintimmen, die auf anderem religiös-kirchlichen Boden stehen wie wir. Sie haben uns wiederholt auf Birchow hingewiesen, auf David Strauß und Andere; ich könnte Sie ebenso gut auf den Abg. Dunker hinweisen, der mit Ihnen auch nicht dieselbe kirchliche Ausbildung haben wird. Es ist hier so oft die Rede davon gewesen, daß für die katholische Kirche mit der Einführung des Artikels 15 eigentlich ein neuer Rechtszustand gar nicht geschaffen wurde. M. H.! Diese Behauptung bestreite ich durchaus. Allerdings hat der Staat in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms IV. der katholischen Kirche gegenüber zahlreiche Rechte nicht wahrgenommen, die er besaß; daß diese Rechte aber darum für obsolet und verjährt zu erklären seien, das erklärt werden könnte, die Verfassung enthalte nichts neues, sondern bestätige nur den alten Zustand, das ist eine Behauptung, der ich widerspreche. Namentlich für die evangelische Kirche schuf sie einen neuen Rechtszustand. Der Landesherr war bisher souverän im Staat und in der Kirche; jetzt wurde er auf einmal im Lande verfassungsmäßiger Monarch, in der

Kirche blieb er souverän. Dadurch entstand eine vollständige Verschiebung der Gewalten. Die Konsequenzen drängen uns in diese Wirren. Mit dem Worte „Selbständigkeit“ geht es gerade, wie mit dem Worte „Selbstverwaltung“. Jeder denkt sich etwas Anderes darunter. Der eine betrachtet es als Herrschaft der Kirche über den Staat, der andere als Auflösung der Kirche in die Einzelgemeinde; der Dritte als Herrschaft der Geistlichkeit. Mit der Zeit werden wir uns darüber einigen. Wir haben vielfach Prophezeiungen gehört, welche unheilvolle Folgen die neuesten Gesetze haben werden; sie sollten zur rothen Republik oder zum Absolutismus führen, zur Herrschaft des Unglaubens oder einer bureaukratischen Einschränkung der Kirche. Prophezeiungen ist wohlf. Ganz dasselbe wurde bei allen früheren großen Aktionen vorhergesagt. Nichts von alledem ist eingetroffen. Die Herren wollen nur die Regierung diskreditiren. Aber das Land wird zum Fürsten Bismarck und Grafen Roos das Vertrauen haben, daß sie das kirchliche Leben nicht gefährden werden oder wollen. Bisher hat die Regierung die Gestaltung und das kirchliche Leben geführt, sie wird es auch ferner thun und damit die Verdächtigungen vernichten, welche gegen sie erhoben sind. Ich bitte Sie, Ihr Votum von der zweiten Lesung heute zu wiederholen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlusshandlung wird abgelehnt.

Abg. v. Schorlemmer-Alst: Ich danke dem Hause, daß es mich noch in dieser späten Stunde zum Worte gelassen hat, wohl von dem richtigen Gefühl geleitet, daß es nach der eben gehörten Rede nicht mehr denn billig ist, einem Mitgliede des Zentrums noch eine Erwiderung zu gestatten. Wir sind ja ohnehin in der ungünstigen Situation, daß über eine Verfassungsänderung, die auf's Tiefste, in die Organisation, die Disziplinargewalt und selbst in die Glaubenslehre der katholischen Kirche eingreift, ein Areopag entscheiden soll, dessen Mehrheit diese Kirche nicht kennt und durch Erziehung und Aufzucht ihr abgeneigt ist. Herr v. Kardorff hat dem Zentrum agitatorische, antinationale Bestrebungen vorgeworfen und sich dabei auf die bairische Patriotenpartei und einige extreme Blätter berufen. Ich weise diesen Vorwurf als eine Verleumdung zurück (Große Unruhe; Rufe: zur Ordnung!); die Beweise des Gegenteils liegen vor.

Vizepräsident v. Köller: Der Ausdruck: Verleumdung ist parlamentarisch nicht erlaubt; ich rufe den Redner zur Ordnung. (Abg. Reichensperger-Olpe: die Verleumdung selbst aber ist erlaubt!)

Abg. v. Schorlemmer-Alst: Herr von Kardorff hat weiter gesagt. Die kirchlichen Gesetze seien nothwendig wegen unserer Stärke und fürs daran die Leibertreibungen unserer Sprache seien infolfern töricht, als sie unsere Schriftsteller dokumentierten (Heiterkeit). Ich weiß wirklich nicht, wie es in seinem Kopfe aussiehen muß und überlasse ihn seinen Zuständen. Auch auf die neugeborenen Lämmer will ich nicht eingehen und konstatire nur, daß es ihm diesmal nicht gelungen ist, den „Strom der Geschichte an der Stirnloke zu fassen“ oder das „Blatt zu plücken, ehe der Sturm es entblättert“ (Heiterkeit). Wenn Herr v. Brauchitsch dann sagte, daß diese Gesetze seine Partei zwängen, eine ihr werthe Allianz aufzugeben, so möchte ich konstatiren, daß wir von einer solchen Allianz nichts wissen; wir mögen wohl, weil unsre sachlichen Überzeugungen dieselben waren, zuweilen mit der konservativen Partei gestimmt haben, aber mit ihr verbündet sind wir nicht gewesen und deshalb auch nicht in der Lage, heute den Verlust politisch unsicherer Heerespächter beklagen zu müssen (Heiterkeit). Was die Verfassungsänderungen selbst betrifft, so bringt sie nicht, wie der Referent sagte, Klarheit in ein unklares Verhältnis, sondern umgedreht, Unklarheit in ein klares; der Zusatz zu Art. 15 hebt entweder den ersten Theil auf oder er bedeutet selbst nichts. Die Artikel 15 und 18 waren bisher das Palladium der religiösen Freiheit; die Zusätze sind die Firma, unter welcher sich die Staatskompetenz in die Verfassung einfleicht. Man hat gesagt: die Männer, welche die Verfassung machten, hätten in politischen Kinderbüchern gelesen; ich meine, daß Diejenigen, welche sich jetzt ändern wollen, türkische Pantoffeln tragen, deren Absatz die Ministerwillkür ist. Der Kultusminister sagt zwar, die kirchlichen Gesetze bedeuten: Hinaus mit der Willkür! Nein, sie rufen vielmehr mit lauter Stimme: Hinein mit der Willkür! Sie machen die Kirche zur dienenden Magd des omnipotenten Staats. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man wirft uns wieder und immer wieder die Staatsfeindlichkeit vor, und wenn wir nach Thatsachen fragen, was ist die Antwort? Phrasen und Schlagwörter. Herr Petri hat neulich viel zu viel bewiesen, denn wenn alles Das wahr wäre, was er gesagt hat, so müßten Sie konsequenterweise beschließen: die katholische Kirche ist aufgehoben. Er hat uns auch den heiligen Pater Arbus und die Inquisition vorgeführt; schade, daß er nicht zugleich das Gaulbachse Bild aufstellte, um die richtige Gänsehaut hervorzubringen. Die Unwahrheit dieses Bildes und der Beschuldigungen gegen Arbus ist nun so klar erwiesen, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche (Oho! Heiterkeit); aber ist das von Ihnen konsequent, in dem Moment, in dem Sie die Inquisition verhorresciren, sich für einen Gerichtshof zu begeistern, der nichts sein wird, als die Staatsinquisition gegen die katholische Kirche. (Ruf: Sehr gut! im Zentrum.) Ich brauche nicht zu sagen, wer Großinquisitor sein wird. Eine verfassungsmäßige Opposition ist etwas anderes, als Staatsfeindlichkeit und die Herren von der Linke sollten das am besten wissen. Ich erinnere daran, daß am 18. Juni 1864 die Stadtverordneten von Berlin beschlossen, keine Adressen und Deputationen mehr an Se. Majestät zu schicken und an die Beschlüsse selbst dann festzuhalten, als gerade in dieser Zeit der Tod des Prinzen Friedrich eintrat. Wenn die Katholiken Aehnliches thäten, sie würden als Hochverräther gebrandmarkt werden. Wirkliche Staatsfeindlichkeit ist auch gerichtlich verfolg- und strafbar und an der Strenge unserer Gerichte wird wohl Niemand Zweifel haben. Ich erinnere an einen katholischen Geistlichen, welcher von der Kanzel gegen konfessionslose Schulen predigte und deshalb gerichtlich angeklagt wurde. In erster Instanz wurde er freigesprochen; in zweiter erkannte das Gericht zwar auch an, daß die Worte an und für sich nichts Strafbares enthielten, aber es meinte, wenn ein gebildeter Mann, wie der Angeklagte, sie gebrauche, so müsse er sich nothwendig etwas Ungehöriges dabei gedacht haben und verurteilte ihn zu 4 Wochen Gefängnis. Mehr Strenge der Gerichte gegen staatsfeindliche Gesinnung wird wohl Niemand verlangen. Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung an die Adresse des Herrn Birchow zu machen. Bei der ersten Lesung der kirchlichen Gesetze sprach er von der Erziehung in den katholischen Knabenkonvikt und beschuldigte die Leiter derselben, daß sie sich häufig unsittlicher Handlungen mit ihren Zöglingen schuldig machen. Auf unsern Einwurf, uns Beweise aus Preußen — denn um Preußen handelt es sich bei diesen Gesetzen doch nur — zu geben, vermochte er das nicht, und versprach sie uns für die Zukunft. Bei der zweiten Lesung brachte er einen einzigen Fall, welcher den Dominikanerpater Gordianus Crusemann in Düsseldorf betraf, vor. Abgesehen davon, daß dieser Fall in keiner Weise erwiesen und gar nicht einmal zur gerichtlichen Rücksicht gekommen ist, stehen nun aber die Knabenkonvikt mit den Dominikanern nicht in der geringsten Beziehung und die Thatstache ist unbestreitbar, daß Herr Birchow ohne den geringsten thätsächlichen Anhalt den allerschwersten Vorwurf und die härteste Ehrenkränkung gegen die Konviktite geäußert hat. Ich konstatire dies vor dem Hause und dem Lande. Ich erwarte von der Ehrenhaftigkeit des Abgeordneten, daß er durch eine offene Erklärung die Ehre der Beschuldigten wieder herstellt; leider habe ich keinen Anlaß, ein Gleichtes von der liberalen Presse zu erwarten (Lärm).*) Der Kultusminister hofft von den kirchlichen Gesetzen einen dauerha

alter geschicklichen Wahrheit ins Gesicht schlugen (Oho Heiterkeit). Werfen Sie doch nicht mit Steinen, da Sie selbst in einem Glashause sitzen. An dem Fuße der legitimen Kronen von Hannover, Hessen und Nassau hat der Nationalverein seinen guten Anteil gehabt. (Bewegung.) Werden die kirchlichen Vorlagen zu Gefegen, dann zwingen Sie alle Katholiken, die im Besitz der nötigen Mittel sind, ihr Vaterland zu verlassen, um auf freiem Boden ohne Verzerrungen ihren Glauben zu haben. (Lärm.) Den Ruhm, den sich Preußen durch Aufnahme der salzburger Emigranten erworben hat, wird es im neuzeitlichen Jahrhundert in Schmach verkehren, indem es seine Bürger in die Fremde treibt, wenn sie von ihrem religiösen Glauben nicht lassen wollen. (Großer Lärm.) Ein Beispiel haben wir ja schon an dem Jesuitentag. (Gelächter.) Das Wort Friedrich Wilhelms IV., von dem Blatt Papier, welches sich nicht zwischen ihm und sein Volk schließen sollte, ist mir stets unbegreiflich gewesen; heute begreife ich es. Beispiels im Zentrum.)

(Es folgt nunmehr die Spezialdiskussion über die Art. 15 und 18, für die das Haus jedoch keine Stimmung und Neigung mehr hat. Nur zu Art. 15 führt Abg. Gläser unter vollständiger Unaufmerksamkeit seiner Kollegen noch einmal aus, daß das in der zweiten Beratung abgelehnte Amendum der Konservativen ("die Grenzen dieser Rechte gegenüber dem Staate regelt das Gesetz") in seiner Tendenz ein verhältnismäßiges gewesen sei. (Es ist ja wenig, wie alle übrigen Amendements, für die die dritte Beratung wieder aufgenommen worden.) Indem man aber den verfehlten Weg beschreite, die Verfassung zu ändern, um hinterher ein Gesetz geben zu können, betrete man den Boden der Revolution und füge der evangelischen Kirche eine viel nachhaltigere Schädigung zu, als der ungleich widerstandsfähigeren katholischen. Das Aussehen der ersten werde mit den Anschauungen der jedesmaligen Regierung wechseln und mit der von ihr erhofften Verfassung und Selbständigkeit werde es für immer vorbei sein.

Der Gegegentwurf wird in seinen einzelnen Theilen und schließlich im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 110 Stimmen angenommen (2 Mitglieder enthalten sich der Abstimmung). In der zweiten Beratung wurden die beiden Verfassungs-Artikel in der abgeänderten Gestalt mit 265 gegen 117, resp. mit 255 gegen 144 Stimmen angenommen. Die Stellung der Parteien ist also durchaus unverändert geblieben.

Schluss 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Interpellation des Abg. v. Wierzbinski, den Gebrauch der polnischen Sprache betr., Etat der Eisenbahn-Berwaltung und verschiedene Berichte der Budgetkommission.)

Lokales und Provinzielles.

Posen., 5. Februar.

Nach einer von kompetenter Seite uns zugegangenen Mittheilung enthält der in Nr. 51 dieser Zeitung aufgenommener Artikel, betreffend die Abhaltung des Gottesdienstes am Gymnasium zu Wongrowitz, mehrfache Ungenauigkeiten, und ist der wirthliche Sachverhalt nach dieser Quelle folgender:

Wie bei den übrigen katholischen Unterrichtsanstalten der Provinz, sollte auch bei dem zu Wongrowitz neu gegründeten Gymnasium ein täglicher katholischer Anstaltsgottesdienst von dem Religionslehrer des Gymnasiums abgehalten und hierzu die dortige Klosterpfarrkirche benutzt werden. Bei Gelegenheit der deshalb mit dem betr. Kirchenkollegium eingeleiteten Verhandlungen erfuhr das königl. Provinzial-Schulkollegium zu Posen, daß der Religionslehrer auf seine Anfrage von dem Hrn. Erzbischof Grafen Ledochowski die Weisung erhalten hatte, bei dem von ihm provisorisch bereits begonnenen Anstaltsgottesdiensten nur polnisch zu predigen und polnische Kirchenlieder singen zu lassen, und daß der Gymnasialdirektor dem mit der an den Religionslehrer gerichteten Anordnung entgegengetreten war, daß bis auf weitere Entscheidung der höheren Behörde die Predigt und der Geling bei den Anstaltsgottesdiensten überhaupt fortfallen sollte. Das königliche Provinzialschulkollegium bat diese vorläufige Verfügung des Direktors nur billigen können, da dem Gebrauch der polnischen Sprache bei den Anstaltsgottesdiensten des Gymnasiums zu Wongrowitz dessen stiftungsmäßig deutscher Charakter entgegenstand und hat, — nachdem die inzwischen geflogenen Verhandlungen mit dem Hrn. Erzbischof über den Gebrauch der deutschen Sprache bei jenen Gottesdiensten resultlos geblieben, — in Folge der von dem Hrn. Minister der geistlichen Angelegenheiten unter dem 13. Dezember pr. getroffenen Bestimmung angeordnet, daß so lange der Hrn. Erzbischof auf den Gebrauch der deutschen Sprache bei dem Gottesdienst der Wongrowitzer Gymnasiasten nicht glaube eingehen zu können, auf die Benutzung der Klosterpfarrkirche zu demselben zu verzichten, und der Religionslehrer mit den katholischen Schülern in dem Gymnasialgebäude wöchentlich eine angemessene Morgenandacht in deutscher Sprache kurz vor dem Beginn des Unterrichts abzuhalten habe. Hierauf wird gegenwärtig verfahren: Dagegen ist über die Frage, ob und in welcher Gestalt die sonn- und festtaglichen Anstaltsgottesdienste in Wongrowitz fünftig abzuhalten, die definitive Entscheidung noch nicht getroffen werden. Selbstverständlich ist der Besuch der regelmäßigen Pfarrgottesdienste nicht verwehrt werden.

Der posener Provinzial-Lehrerverein war vor einiger Zeit von vielen Seiten aufgefordert worden, eine Petition an den Herrn Unterrichtsminister und an den Landtag um Erlaß eines Not-Dotationsgesetzes in Anregung zu bringen und in die Hand zu nehmen. Der Vorstand des Vereins ist diesem Gedanken auch sofort näher getreten, nach genauer Information aber zu der Überzeugung gekommen, daß jede Petition in dieser Richtung gerade jetzt fruchtlos sein und nur zur Vermehrung des ohnehin schon überaus starken Altenmaterials dienen würde. Dagegen hat der Vorstand nach Lage der ganzen Angelegenheit Grund zu der Hoffnung, daß eine triftig begründete, mit dem erforderlichen statistischen Material ausgestattete Petition der gesamten Lehrer der Provinz an die beiden Provinzial-Regierungen und an den Herrn Unterrichtsminister um endliche, den Zeitverhältnissen entsprechende Aufbesserung und Regelung der Lehrer Gehälter, einer Regelung, wie sie in anderen Provinzen schon durchgeführt ist, bei uns aber nach der unzweifelhaft eintretenden Neubewilligung größerer Geldmittel seitens des Landtages ohne erhebliche Schwierigkeiten zur Durchführung gebracht werden kann, von Erfolg sein würde. Es sind daher seitens des Vorstandes des posener Provinzial-Lehrervereins an die einzelnen Lehrervereine z. gewiss Kernpunkte überwandt worden, auf die es bei der Petition wesentlich kommen würde. Derartige Kernpunkte sind: 1) Gewährung eines den Theuerungsverhältnissen des Ortes entsprechenden Gehaltsminimums, das mindestens die Höhe von 300 Thlr. erreichen muß (dieser Punkt kann nach den Ortsverhältnissen modifiziert werden), 2) Gewährung von Alterszulagen bis zur Verdoppelung des Minimums, so daß das Maximum im 20. Jahre erreicht wird, 3) Freie Wohnung oder eine den Ortsverhältnissen entsprechende Wohngewährleistung. Sobald dann seitens der Lehrer genaue statistische Mitteilungen über die gegenwärtige Bevölkerung der Lehrerstellen dem Vorstande des Provinzial-Lehrervereins zugegangen sind, so wird die Petition mit dieser statistischen Begründung, wie sie den Behörden übergeben werden soll, durch die Zeitungen veröffentlicht werden. Jede unterzeichnete Petition (aus einzelnen Städten, mehreren Dörfern oder auch ganzen Kreisen) ist entweder an den Vorstand des posener Provinzial-Lehrervereins zu Posen oder an den Vorstand des pädagogischen Vereins zu Bromberg zu überenden.

Im naturwissenschaftlichen Vereine führte am Montage Sr. Oberlehrer Dr. Magener sehr gelungene Versuche über die Brechung des Lichtes vor. Als Lichtquelle wurde dazu Drummond'sches Kalklicht benutzt, welches sich wegen seiner reinen weißen Farbe vorgezüglich zu diesem Zwecke eignet; die Lichterscheinungen wurden also dann auf großen, mit weißem Papier überspannten Schirmen objektiv dargestellt. Zunächst wurde das mittelst einer Linse konzentrierte Licht durch ein Prismenpaar abgelenkt und in den verdunkelten Raume ein Farbenspektrum von großer Intensität vorgeführt. Der Vortragende zeigte ferner, wie diese Farben wieder zu weißem Lichte vereinigt werden können, und wie jede einzelne Farbe nicht weiter brechbar ist; auch

wurde unter Hinzuziehung eines Schwefelkohlenstoff-Prismas ein breiter gedehntes Spektrum erzeugt. Der Vortragende ging dann zu den Erhebungen der Spektralanalyse über, und zeigte, wie Kochsalz in der Leuchtgas-Sauerstoff-Flamme in gasförmigen Zustand gebracht, ein gelbes und Strontianit ein rotes Spektrum erzeugt. Anknüpfend an diese gelungenen Experimente, erörterte der Vortragende die Bedeutung der Spektralanalyse für die chemische Untersuchung der Körper im Allgemeinen, sowie insbesondere für die Erforschung der Natur der Himmelskörper.

Der letzte Jesuit in unserer Provinz, Graf Mycielski, weit land Kector des aufgelösten Jesuiten-Kollegs in Słubice, hat nunmehr endlich am Sonnabend diese Stadt verlassen. Bis jetzt hat derselbe noch keinen Aufenthaltsort gewählt und wird einstweilen reisen. Der "Kurier Poznań" weint seinem edlen Freunde eine Abschiedsrede nach.

Die hiesige Aktienbrauerei bringt seit Sonnabend das von dem neu engagierte böhmischen Braumeister gebraute Bier in dem großen Lokale an der scharfen Ecke der Mühlen- und St. Martinstraße zum Ausschank. "Braun Bier ist geraten" und da "das Bier" nunmehr, so ist das Lokal, welches eine Zeit lang etwas verödet stand, jetzt wieder sehr stark frequentiert.

Einem Nachtwächter in dem Stadttheile auf dem rechten Wartheufer war das Malheur passiert, daß, nachdem er seinen Rundgang gemacht und er sich vor einem Hause niedergelegt, der Schlag ihn übermannte. Wie groß war aber sein Schreck, als er beim Aufwachen bemerkte, daß ihm sein Spieß gestohlen sei! Es scheint die That jedoch ein sehr ehrlicher Spießbube verübt zu haben; denn der geklauten Spieß wurde als Beweis der Wachsamkeit unserer Nachtwächter am nächsten Morgen an das Polizeidirektorium abgeliefert.

Überfahren wurde am Montage eine Frau durch den Kutscher eines hiesigen Distillateurs, welcher in scharem Trabe um die Ecke der Großen Kitterstraße nach der St. Martinstraße einbog.

Der Eisenbahnpunkt, welcher sonst hier Vormittags auf der Märkisch-Posenen Bahn von Frankfurt eintrifft, kam am Montage in Folge des Springens eines Radreisens an der Lokomotive hier bedeutend später an.

Ein Bettler, welcher in einem Laden am Wilhelmsplatz neulich Abends um 10 Uhr bettelt, und abgewiesen wurde, weil die Tageszeit bereits zu sehr vorgeschritten sei, war über die Verweigerung einer Gabe, sowie über die Motivierung dieser Weigerung so empört, daß er eine Spiegelscheibe des Ladens im Werthe von 5 Thlr. zerstörte; dafür wurde er verhaftet.

Diebstähle. Verhaftet wurden die sogenannten "heiligen drei Könige", weil sie während der Wallfahrt mit ihrem Krippen in einem Hause der Schuhmachersstraße einen silbernen Löffel gestohlen hatten. Ein Sattlerlehrling entließ seinem Meister, und nahm dabei mehrere, demselben gehörige Betten mit.

Gegen den Geistlichen Sz. in Schröda, welcher, wie bereits mitgetheilt, an einem der Weihnachtsfeiertage in gehässigem und regierungseindlichen Sinne gepredigt hatte, ist auf Grund des bekannten Kanzel-Paragraphen die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Eine seltsame Wette. Vor dem Kreisgericht in Wreschen stand neulich ein Arbeitssmann wegen einer seltsamen Wette, auf welche er eingegangen war. In dem Gasthause eines benachbarten Dorfs hatten ihm nämlich zwei bärnliche Würte 8 Thlr. zugesichert, wenn er einen Menschen-Schädel, den er einige Tage zuvor beim Aufwerfen eines Grabes auf dem Kirchhof zu Stacj gefunden und dann wieder vergraben hatte, noch an demselben Abende den Bauern bringen werde. Der unerschrockene Arbeiter ging auf diese Wette ein, machte sich sofort nach dem, 1 Meile von dort entfernten Kirchhofe auf, grub den Schädel wieder aus, brachte ihn noch in derselben Nachtkleidung, welche in der stunde gelebt waren, und vergrub ihn alsdann am nächsten Tage wieder an der nämli en Stelle. In Folge dessen wurde gegen den Arbeiter die gerichtliche Anklage erhoben, und vom Staatsanwalt eine einhöchstliche Haft beantragt; das Gericht jedoch sprach ihn frei.

Bornit, 3. Februar. [Chaussee-Angelegenheit.] Unseren benachbarten Städte haben fämltlich Chausseen. Wohl führt die Eisenbahn hier vorüber, und man gab sich der Hoffnung hin, daß von Unruhestadt aus eine Chaussee hierher zum Anschluß an die Eisenbahn gebaut werden würde, allein diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Unter Kreistags-Deputirte stellte jüngst im Kreistage den Antrag, wenigstens die etwa eine Meile lange Strecke von dem an der Wollstein-Bentschener-Chaussee liegenden Dorfe Köbnitz bis zum hiesigen Bahnhofe zu chausseen, welche Strecke bedeutender für den Betrieb ist, als die von Köbnitz nach Bentschen. Die aus der Umgegend etwa zur Bahn zugehenden Güter könnten hier früher ankommen und außerdem würde das Publikum seine Bahnfahrenden schneller erhalten, da der Andrang hier nicht überhäuft ist. All dieser Motive ungeachtet blieb der Antrag in der Minderheit. Was soll aus unserer Stadt werden, wenn sie nur immer Beiträge in Kreis-Chaussee zu leisten hat, ohne daß ihr Verkehrswege erschlossen werden? Und dabei haben unsere Gauwirthe bedeutend mehr an Gewerbesteuern zu entrichten, als die in den benachbarten Städten, wo der Verkehr am Wochenmarkt größer ist, als bei uns am Jahrmarkt. Im Laufe des Sommers wird sicherer Vernehmen nach auf biefigem Dominio eine Brennerei erbaut werden. Die in der Umgegend erübrigten Kartoffeln werden dann ihren Abnehmer in der Nähe finden.

Ostrowo, 2. Februar. [Jubiläum.] Gestern begann der bisherige Kanzlei-Direktor Herr Trachmann sein 50jähriges Dienstjubiläum. Um 12 Uhr hielt Herr Kreisgerichts-Direktor Albinus im Säulings-Saal vor dem versammelten Kollegium und dem gesamten Beamtenpersonale des Kreisgerichts eine Ansrede an den Jubilar und überreichte ihm unter Mittheilung der besonderen Glückwünsche des Herrn Chefsäidenten Grafen Schweinitz das Patent eines Kanzleiraths. Hierauf brachten die Gerichtsbeamten ihm unter Überreichung eines silbernen Posals ihre persönlichen Glückwünsche besonders dar. Abends hatte sich eine aus Beamten und Freunden des Jubilars bestehende Gesellschaft von 50 Personen im Friedländer-Saal zu einem Festmahl versammelt. Unter den Anwesenden befand sich auch Herr Kanzleirath von Chmielowski, der im Jahre 1866 bereits sein 50jähriges Dienstjubiläum gefeiert hat und noch frisch und kräftig und in Amt ist. Herr Kanzleirath Trachmann, der in drei Jahren auch eine goldene Hochzeitsfeier in Aussicht hat, gedenkt ebenfalls noch einige Jahre im Amt zu bleiben.

Kreis Wleschen, 1. Februar. [Feuer.] Gestern Nacht wurde das Wohnhaus des Ortschulz. L. Pawłowski zu Wreszica ein Raub der Flammen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Feuer an zwei Stellen angelegt worden. Das entfesselte Element griff mit so räder Schnelligkeit um sich, daß die Bewohner nur mit dem Allerorthwichtigsten verloren, baarfuß, ohne Rock und Kopfbedeckung das Freie erreichten. Unter demselben Dache befand sich auch der Bischöflich. Sämtliches Mobiliar, der ganze Viehbestand, Geflügel und eine Quantität Getreide wurden von den Flammen verzehrt. Eine Schwester des Hauses sollte künftigen Montag Hochzeit halten. Sie verlor außer dem Verlust ihrer ganzen Aussteuer auch den für die Hochzeitsgäste eingekauften Vorraub. Leider ist auch der Verlust eines Menschenlebens dabei zu beklagen. Der kleine Sohn vom Bruder des Verunglückten schlief in dem Bischöflich und fand darin seinen Tod. Die eine Spritze, welche auf den Brandstätte erschien, eröffnete ihre Thätigkeit, als das Gebäude bereits gänzlich zusammengebrannt war.

Wleschen, 1. Februar. Unglücksfall. Revision. Lehrerpetition. Vor acht Tagen verunglückte ein Geschäftsmann dadurch, daß er auf dem Nachhauseweg bei der Dampfmühle die Strafe verfehlte und in den Ker fiel. Da er betrunken war, konnte er sich selbst nicht helfen und mußte trotz des niedrigen Wasserstandes ertrinken. Trotzdem er ein Vermögen von ca. 6000 Thlr. besaß, hatte er keine eigene Wohnung, hielt es vielmehr für angemehrer, während des Tages in Wirtshäusern zu vegetieren und des Nachts in einem beliebigen Stalle zu schlafen. Seine Webstuhl und Webpapiere trug er stets bei sich. — Vorige Woche revidierte Herr Kreis-Schul-Inspektor Schwabe aus Krötonowic einige Landeschulen in hiesiger Gegend. — Seit dem Monat November v. J. sind die Lehrer der hiesigen kathol. Stadtschule beim Schulvorstand schon einige Mal um Gewährung einer Theoriezulage vergeblich eingekommen. Daß ihnen keine gewährt wurde,

mag seine Gründe haben, daß ihnen aber der Schulvorstand nicht einmal einen Bescheid gab, ist eine Unmöglichkeit, die man von einer Behörde Lehrern gegenüber nicht erwarten sollte.

II. **Wleschen**, 2. Februar. [Verhaftung und Auslieferung.] Vor zehn Monaten laufen zwei junge unbekannte Männer durch Vermittelung eines Geschäftsmannes aus Ostrowo die Gauwirtheit in Gutehoffnung. Sie wollten Jackowski und Kaszkowski befreien, in der Gegend von Warschau heimathberechtigt sein und Polen nur aus einer unüberwindlichen Abneigung gegen den russischen Militärdienst verlassen haben. Da sie reichlich mit Geldmittel versehen waren, gelang es ihnen auch bald, trotz ihrer Unkenntnis der deutschen Sprache, sich in einer ganz deutschen Gemeinde ein behagliches Daheim zu gründen. Sie lebten still und scheinbar zufrieden mit ihrer Lage; durch ihr Auftreten wußten sie für sich einzunehmen und Theilnahme zu erwarten. Von Zeit zu Zeit besuchte sie noch ihr Geschäftsfreund angelich in geschäftlichen Angelegenheiten, in der That aber nur in der Absicht, von ihnen so viel als möglich Geld zu erpressen. Neuerdings trübte sich das bisherige Verhältnis, weil die Fremdlinge nicht mehr zahlten wollten. Vorigestern traf unerwartet der Stabswirtmeister Hr. v. Lange aus Kalisch mit einem Feldwebel hier ein und reklamierte sie als Desertiere des Jägerregiments Nr. 38 in Petrikau. Sie wurden in Haft genommen und nach Feststellung der Identität ihrer Person an die russischen Beamten ausgeliefert, die sofort mit ihnen nach Kalisch abreisten. Vor ihrer Desertion haben sie sich bei der Herausgabe der Regimentskasse betheiligt und von dem Raube 15,000 Rubel erhalten. Sie waren geborene Russen und hießen nicht wie angegeben, sondern Kazjan Hakuda und Stephan Ivanow. Da die russische Regierung auf ihre Entdeckung eine Prämie von 200 Rubel ausgesetzt hatte, war ihr edler Geschäftsfreund hingegangen und hatte sie verlassen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Die preußische Kredit-Anstalt hat das bekannte Geschäft A. Paderstein zu Berlin käuflich erworben, um dasselbe unter der Firma A. Padersteinscher Bankverein als Aktien-Gesellschaft fortführen. Das Aktienkapital wird 2½ Millionen Thaler betragen und sich der Cour für die Aktien — unter Anrechnung des Ankaufspreises für die alte Firma und sonstige Spesen auf ca. 115 p.C. stellen. Die preußische Kredit-Anstalt gewinnt in dem Paderstein'schen Geschäftsbetriebe und der Klientelle dieses Hauses ein Arbeitsfeld in der Produktionsbranche und in der Arbitrage; Geschäftszweige, welchen die Tätigkeit der preußischen Kredit-Anstalt bisher fremd geblieben.

** Braunschweiger 20 Thlr.-Vosse. Bei der ersten diesjährigen 17ten Serienziehung zu dem Prämiens-Ausleihen von 10 Millionen Thatern find die Serien: 2630 3945 5287 5704 5831 7427 7835 8748 9816 ausgelost, welche bei der auf den 31. März d. J. bevorstehenden Nummernziehung zur Berücksichtigung kommen und mit dem Überhauptbetrage von 100,000 Thlr. demnächst werden eingelöst werden.

Von den in den ersten 16 Ziehungen zur Auslosung gekommenen Serien sind noch nicht zur Einlösung präsentirt:

13	22	39	44	50	70	79	93	139	157	168	213	221	222	252	275	298
322	349	354	364	370	397	401	438	451	468	470	477	482	486	491	512	
528	544	580	587	593	596	615	620	638	644	702	707	830	845	850	857	
862	867	893	997	1013	1023	1046	1052	1056	1139	1166	1189	1192				
1209	1212	1216	1219	1237	1240	1242	1311</td									

Eisenbahnunglück. Der Frühzug, der Theiß-Eisenbahn, welcher am 14. Januar von Koschau abging, überfuhr in der Nähe von Sidas-Nemethy bei Siedorf einen mit Petroleum beladenen Frachtwagen, dessen Kutscher trotz der Annäherung des Zuges und trotz des Warnungsrufes des Bahnwärters an einer Wegeüberquerungsstelle das Schienengeleise überschreiten wollte. Die Lokomotive zertrümmerte den Wagen, die Fässer zerbarsten und ergossen ihren Inhalt auf den Bahndamm. Das Petroleum fing sogleich Feuer und der Zug ging durch das Flammenmeer. Der Feuer erlitt furchtterliche Brandwunden, in Folge deren er nach wenigen Stunden den Geist aufgab. Der Fuhrmann wurde schwer verwundet, die Pferde, welche sich vor der Lokomotive bäumten, in Stücke zerrissen. Die Passagiere, welche von Entsetzen ergreifen waren, als sie die Glut und das Flammenmeer erblickten, waren der Meinung, daß der Zug in Brand gerathen sei, und wollten zu den Fenstern der Waggons hinausspringen, doch fuhr der Train so schnell von dannen, daß das Feuer die Waggons nicht ergreifen konnte, und so kamen die Reisenden mit dem Schrecken davon.

Berlin, 2. Febr. Leider ist wieder ein schweres Verbrechen zu registrieren, das am hellen Tage, in der Mittagsstunde jüngst, an einem 75 Jahre alten Manne verübt worden ist. — Freitag, 12 Uhr Vormittags, kam zu dem 75 Jahre alten Schuhmacher Wilms, ein junger ca. 24 Jahre alter Mann und ließ sich Magazin zu einem Paar langen Stiefeln nehmen, die anwesende Frau des Schuhmachers verließ während des Maschinenmens das Haus, um Einkäufe auf dem nahen Alexanderplatz zu machen. Diese Zeit benutzte der junge Mann, sich auf den breiten, nun allein mit ihm in der Wohnung, sich befindenden Schuhmacher zu werfen, denselben zu Boden zu schlagen und ihm zwölf mehr oder minder schwere Wunden beizubringen, bis er bestimmtlos am Boden liegen blieb. Darauf nahm der junge Raubmörder sich Zeit die Wohnung zu untersuchen und räumte von dort 2 Uhren mit langen goldenen Ketten, mehrere goldene Ringe u. dergleichenweise trug dieser Räuber beim Verlassen des Hauses die alte Frau des Schuhmachers und plauderte mit ihr, ihr sagend, daß es zur Abholung der Stiefeln wiederkommen werde. Die Frau stand sofort beim Eintritt in ihre Wohnung Blut über Blut und ihrem Mann in der Küche, wohin er sich mühsam geschleppt, bestürzt, glos. Der Mörder ist inzwischen am Sonnabend gegen Mittag in der Person des Franz Georg Burckhardt, eines bereits mit Buchhansstrafe bestraften Verbrechers, das derselbe kaum seit 10 Tagen verlassen hat, durch die Kriminalbehörde ergreifen worden und von der Frau Wilms als der Mörder ihres Mannes rekonnoirt worden. Der alte Wilms ist seinen schweren Wunden Sonnabend Vormittag in der königl. Charité erlegen.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wagner in Posen.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Posen,
I. Abtheilung,

den 2. Februar 1873, Vormitt. 10 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns Moritz Joseph Guttmann in Elma M. J. Guttmann zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 1. Februar 1873 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann C. Z. Kleinow zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 17. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses in Gerichtszimmer Nr. XI. anderaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters event. eines etw. zweitw. Verwaltungsraths abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolten oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Ge genstände bis zum

20. Februar c. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Augleich werden alle Dienstigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hier durch aufgetragen, ihre Anprüche, die selben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

28. Februar c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gebrochenen Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

auf den 8. März c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im Gerichtszimmer Nr. XI. zu erscheinen.

Wer seine Abfertigung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in seinem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Annmeldung seiner Befordnung einen am heutigen Tage wohnhaften oder zur Proximität bei uns bezeugten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Döckhorn, Treplin und der Justizrat le Biseur zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Gutskauf- und Pacht-Gesuche.

Für Güter jeder Gr. mit guten Verhältnissen habe ich Pächter und Käufer; unter Andern gest. auf ein Gut mit Bremser, Anz. 70 M., auch mehr.

A. Küster in Angermünde.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

Revalescière Du Barry von London.

Allen Leidenden Gesundheit durch die delikate Revalescière du Barry welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei den nachfolgenden Krankheiten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflösigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserdurchfluss, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrausen, Übelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten über Genehmigungen, die aller Medicin widerstanden.

Certificat Nr. 48.421.

Neustadt, Ungarn.

Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört, ich hatte mit Magenkoliken und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuss der Revalescière befreit. J. L. Sterner, Lehrer an der Volksschule.

Gosen in Steiermark, Post Birkfeld, 19. November 1870.
Hochgeehrtester Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß bestätig ich die günstige Wirkung der Revalescière, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist. Dieses vortreffliche Mittel hat mich von entzündlichen Atembeschwerden, beschwerlichem Husten, Blähöhlen und Magenkämpfen, woran ich lange Jahre gelitten habe, ganz vollständig befreit. Vinzenz Steininger, pensionirter Pfarrer.

Nahrhafter als Fleisch, erträgt die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von $\frac{1}{2}$ Pfd. 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfnd. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Tar., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière chocolate in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 18 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalescière-Biskuiten in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichsstraße; in Posen Nothe Apotheke A. Pfahl, Krug & Fabricius, J. Fromm, Jacob Schlesinger Söhne, in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei Fr. Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwartz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

Die Perle aller Biere.

Die Engländer haben schon seit Jahren mit ihrem Porterbier Deutschland überschwemmt und damit den Beweis geliefert, daß ein Bier, wenn es nur stark und schwer ist, sich unter allen Umständen Liebhaber und Freunde verschafft, mag es andererseits noch so viele Mängel haben. Und so finden wir denn, um nur einige Fehler, an denen fast alle englischen Porterbiere leiden, aufzuführen, daß sie meistens vom Seetransport gelitten und bedeutend dadurch den Wohlgeschmack verloren haben, ferner ist ihr sehr hoher Preis, der durch die weite Reise bis hierher veranlaßt wird, ein wesentlicher Nachteil; der Käufer einer Flasche englischen Porterbiers trinkt also, wenn er sechs Groschen dafür bezahlt hat, nicht etwa Bier im Preise von sechs Groschen, sondern der wahre Wert des Getränkes ist etwa 2 Groschen, und man trinkt bei jeder Flasche gleich für 4 Groschen Reiseln mit. Schließlich aber haben die englischen Porterbiere noch eine gewisse herbe Bitterkeit des Geschmacks, welche sie häufig fast ungenießbar machen. Und doch war es schwer, den Engländern bisher erfolgreich Konkurrenz zu machen, weil kein Fabrikant bisher einen Kundenkreis aufweisen konnte, welcher den übrigen übertraf. Das ist aber nun mit einem Schlag anders geworden. Mit dem Momente, wo das Johann Hoff'sche deutsche Porterbier an's Licht der Welt getreten ist, hat es sich auch nicht nur über alle Städte Deutschlands, nicht nur über alle Staaten Europa's sondern fast über alle zivilisierten Länder der Welt verbreitet. Denn an den meisten größeren nach vielen Landen zahlenden Orten, hat Herr Johann Hoff, seit 30 Jahren einen festen, sicherer reellen Kundenkreis sich geschaffen, dem er sein Fabrikat ohne Weiteres zufügt und es dadurch in demselben Augenblick schon fast in den entferntesten Theilen der Erde einführt und einbürgert, wo in Berlin selbst, dem Orte der Fabrikation, vielleicht noch keine Flasche öffentlich verkauft worden ist.

Sehen wir also die Engländer mit ihren Porterbiere in einem Moment nicht nur auf unserem Kontinent, sondern fast in allen Theilen der Erde durch das Johann Hoff'sche deutsche Porterbier, die Perle aller Biere, geschlagen.

Bekanntmachung.

Im Monat Februar c. liefern nachbenannte Bäder das Roggendorf und die Semmel zu den angegebenen schweren Gewicht liefern:

Brot à 5 Sgr.

Simon Licht, Markt Nr. 9 2 Kilogr. 650 Gem.

Semmel à 1 Sgr.

Simon Licht, Markt Nr. 9 200

Anton Eschner, Bäckerei Nr. 24 200

Ignaz Ryckliet, Halbdorffstraße Nr. 16 200

Telephor Spinski, Halbdorffstraße Nr. 7 200

Im U. b.igen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehangten Bäder verweisen.

Posen, den 4. Februar 1873.

Königliche Polizei-Direktion.

Staudy.

Holz-Verkauf.

Es sollen:

I. am Montag, den 10. Februar d. J., Vormittags von 8 Uhr ab, in dem Wirthshause zu Glogówko, aus dem Schubzirkle

Glogówko:

187 Stück Kiefer-Baumholz, (je 1 Fuchs schwämmig), 221 Stöcke (à 3 Raummetr.) Kiefer-Scheit, Ast- und Stockholz und 234 Asthäuser;

II. am Donnerstag, den 13. Februar d. J., Vormittags von 8 Uhr ab, in dem Forsthause zu Blazewo aus dem Schubzirkle

Blazewo:

218½ Klaftern (à 4 Raummetr.) Buchen-Scheitholz, 100 Stück (à 3 Raummeter) Birken-Scheitholz und 461 Asthäuser und

III. am Montag, den 17. Februar d. J., Vormittags von 8 Uhr ab, in dem Forsthause zu Siedlec am Kriebener Wege aus dem Schubzirkle

Bodzawko:

493 Stück (à 3 Raummetr.) Eichen- und Birken-, Scheit, Ast- und Stockholz,

94 Asthäuser und 86 Kiefer-Stubben

nebstliegend gegen gleich hohe Zahlung verkauft werden.

Oberförsterei Siedlec, den 3. Februar 1873.

Die Forstverwaltung.

Bekanntmachung.

Wegen anderweitiger Berufsgeschäfte

des Besitzers ist ein

Landstädtisches

Gut

in Mittelgalizien zu verkaufen

Ausmaß ca. 800 Dz., zur Hälfte Felder, Wiesen und Gärten, zur Hälfte Buchen-, Tannen- und Kieferwald mit schönen schlagbaren Bäumen.

Das ganze Gut ein Complex, 1½ Stunden

von einem fließbaren Flusse, Wohlführ-

lich und reichliche Arbeitskräfte, Proprietary, eigene Jagd u. ferner Preis

am Lande und lebenden Inventar

L. 38,000 öft. W. Anzahlung fl.

— Eventuell wird auch ein

Teilhabe angenommen, der als tüchiger Landwirt das Gut selbstständig erwerben müßte. Nötiges Capital L. 12,000 haar. Auftrag unter Chiffre L. 4786 befördert die Annونciexpedition von Rudolf Mosse in Wien

für den Bau der neuen Evangelischen Kirche in Schröda sollen sobald als möglich etwa 150,000 gute Ziegel, die sich für die Ausführung im Rohbau eignen, angelauft werden. Offerten, unter Angabe des Umfangs der zu übernehmenden Lieferung, des Preises, der Lieferungszeit, womöglich unter Beifügung einer Probe des Materials, wolle man möglichst bald dem Landrat Hagen in Schröda mittheilen. Schröda, 25. Jan. 1873.

Die Repräsentanten der Evangelischen Kirchen-Gemeinde Schröda.

Die Lehrerstelle an der hiesigen evangelischen Schule, mit welcher ein Einkommen von 142 Thaler haar, 25 Thlr. Wohnungs-Mieteinkommen und 12½ Thlr. Brenzholz-Mieteinkommen sowie ein wilderfüllcher Gehaltszufluss von jährlich 38 Thlr. aus Staatsfonten verbunden ist, soll sofort befügt werden.

Bew. b. welche durch Erteilung von Musik-Unterricht auf eine jährliche Nebeneinnahme rechnen können, wollen sich baldigst bei uns melden.

Kunst, den 4. Februar 1873.

Der evangel. Schul-Vorstand.

Am 19. laufenden Monats findet in Czerniejewo, im Tal des Herrn Pieraski eine Holz-Sitzung statt.

Von vorjährigem Einschlag trockenes Holz:

150 Raummeter Eltern-Kloben,

100 " Eichen-Kloben,

100 " Birken-Kloben,

50 " Weißbuchen "

50 " Kiefern,

500 " Stock IJ.

Von diesjährigem Einschlag:

32 Stück Eichen-Schirholz enthal tend 18,00 Festmeter,

50 Stück Birken-Schirholz enthal tend 27,00 Festmeter,

180 Stück birkene Stangen zu verchiedenen wirtschaftlichen Ge räthschaften tauglich.

200 Strauchhäuser.

Prospectus.

Subscription

auf

Thlr. 3,400,000 4½ procentiger unkündbarer Pfandbriefe,

rückzahlbar mit 110 Thlr. für je 100 Thlr. Nominal,

emittirt von der

Schlesischen Boden-Credit-Actien-Bank

auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 13. März 1872.

Laut des Allerhöchsten Privilegii vom 13. März 1872 und des durch dasselbe genehmigten Statuts ist die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank ermächtigt.

auf Grund bereits erworbener unkündbarer Hypotheken unkündbare Pfandbriefe auszugeben.

Die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank ist mit einem Grundkapital von 2½ Millionen Thaler errichtet und ist dasselbe **voll und baar eingezahlt**.

Ihre Thätigkeit ist auf Grundbeleihungen und Anlage disponibler Capitalien nach den Grundsätzen der Preussischen Bank eingeschränkt. Spekulationsgeschäfte zu betreiben ist ausdrücklich untersagt.

Die Beleihung der Grundstücke erfolgt nach Grundsätzen, die von der Regierung im Anschluss an landschaftliche Taxen oder an die Grund- und Gebäudesteuer normirt und von ihr selbst neuerdings für die Aulage von Sparkassenkapitalien als maassgebend bezeichnet worden sind.

Fabriken und solche Etablissements, die einen dauernd sichern Ertrag nicht gewähren, werden von der Beleihung prinzipiell ausgeschlossen.

Die auszugebenden 4½ prozentigen Pfandbriefe sind seitens des Inhabers unkündbar und werden in Stücken zu 50, 100, 200, 500 und 1000 Thlr. ausgefertigt.

Die Bank ist zur Tilgung im Nennwerth und außerdem zu einem Zuschlag von 10 pCt. des Nominalbetrages im Wege der Verloosung verpflichtet, so dass ein Pfandbrief

von	50 Thlrn. mit	55 Thlrn.
" 100	" "	110 "
" 200	" "	220 "
" 500	" "	550 "
" 1000	" "	100 "

eingelöst wird. Zu diesem Behufe wird außer dem gedachten Zuschlage jährlich mindestens ½ pCt. des Nominal-Betrages der Pfandbriefe nebst den Zinsen, welche für den bereits amortisierten Betrag der für die Pfandbriefe haftenden Hypotheken-Darlehne erwachsen sind, und den etwaigen zur Verstärkung des Amortisationsfonds gezahlten Beträgen verwendet.

Im Monat Juni jeden Jahres und zwar zuerst im Juni 1874 geschieht die Ausloosung der zu tilgenden Beträge. Das Ergebniss wird durch die **Gesellschaftsblätter** veröffentlicht.

Die erste Rückzahlung erfolgt am 2. Januar 1875.

Die Zahlung der Zinsen findet in halbjährigen Terminen am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres statt bei:

der Kasse der Schlesischen Boden-Credit-Actien-Bank,
dem Bankhause Jacob Landau in Berlin,
der Norddeutschen Bank zu Hamburg

und den noch bekannt zu machenden Stellen.

Unter nachstehenden Bedingungen werden 3,400,000 Thlr. unkündbare 4½ prozentige Pfandbriefe zur öffentlichen Subscription aufgelegt.

Subscriptions - Bedingungen.

1. Die Subscription findet statt:

am 4., 5. und 6. Februar 1873

während der üblichen Geschäftsstunden:

in Breslau bei der Schlesischen Boden-Credit-Actien-Bank (Herrenstr. 26),

„ dem Schlesischen Bank-Verein und dessen Commanditen in Glogau, Beuthen O. S., Reichenbach i. S., Görlitz, Neisse, Glatz und Leobschütz,

„ der Breslauer Disconto-Bank, Friedenthal & Co. und deren Filialen in Cosel, Oppeln, Striegau, Hirschberg, Görlitz und Glatz,

„ der Breslauer Wechsler-Bank und deren Filialen in Gleiwitz, Liegnitz, Schweidnitz, Bunzlau, Ostrowo, Frankenstein, Görlitz und Münsterberg i. L.,

„ Eichborn & Co.,

„ Gebr. Guttentag,

„ E. Heimann,

„ Jacob Landau,

in Breslau bei S. L. Landsberger,
 „ Marcus Nelken & Sohn,
 „ Oppenheim & Schweitzer,
 in Berlin bei Jacob Landau,
 „ dem Berliner Bankverein,

in Posen bei der Ostdeutschen Bank, „ Bninski, Chłapowski, Plater & Co.

in Köln bei Sal. Oppenheim jun. & Co.,
 in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,
 in Hamburg bei der Norddeutschen Bank,
 in Dresden bei Gebr. Guttentag,
 „ S. Mattersdorf,
 in Leipzig bei Becker & Co.,
 in Bremen bei J. Schultze & Wolde.

2. Die Subscription wird am **6. Februar c.**, Abends 6 Uhr geschlossen und tritt im Falle der Ueberzeichnung verhältnissmässige Reduction ein.
3. Der Subscriptionspreis ist auf **97 pCt.** festgesetzt.

Die abzunehmenden Stücke sind mit Zinscoupons vom 1. Januar 1873 versehen und sind daher die Stückzinsen bis zum Abnahmetage mit **4½ pCt.** zu vergüten.

4. Bei der Subscription ist eine Caution von 10 pCt. des Nominalbetrages in bar oder in solchen von der Subscriptionsstelle für zulässig erachteten Effecten zu hinterlegen. Nach vollständiger Abnahme wird dieselbe zurückgegeben resp. verrechnet.
5. Die Abnahme der zugetheilten Stücke hat in nachstehender Art gegen Zahlung der Valuta stattzufinden und zwar;

- a) ein Drittel bis 20. Februar cr.
- b) ein Drittel bis 15. März cr.
- c) ein Drittel bis 15. April cr.

Beträge unter 3000 Thlr. müssen bis zum **20. Februar cr.** gegen Baarzahlung abgenommen werden. Die Abnahme der zugetheilten Stücke kann unter Vergütung der Stückzinsen bis zum Tage der Valutenzahlung, auch schon nach erfolgter Repartition erfolgen.

Im Falle der Nichtabnahme verfällt die hinterlegte Caution.

BRESLAU, im Januar 1873.

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank. Barretzki Milch. Landsberg-

Sämereien,

Saatgetreide und Dungstoffe jeder Art
 empfiehlt billigst

Für die Herren Brennereibesitzer.

Da Unterzeichnetem das Patent des
 tollfreundlichen Dampf-, Maisch- und
 Bräuereiapparates nach der ver-
 dienten Konstruktion zu bauen über-
 wiesen worden ist, so empfiehlt diesel-
 be, sowie meine neue Destillir-Appa-
 rate ohne Beden, auch werden neue
 Einrichtungen und Umänderungen über-
 kommen, von

W. Reimann
 Frankfurt a. O.

Ausverkauf.

Im Hanauer Walde, eine halbe
 Meile von der Rogauer Wengrowitzer
 Haussse entfernt, werden
 1½" und 1" Bretter, so wie
 2 und 3" Böhlen bei Entnahme von
 höheren Posten, mindestens ein Schod,
 herabgesetzten Preisen bei dem dor-
 gen Förster verkauft.

M. Kirschner.
 in Rogasen.

Borzungliche Stüffohle
 von der Karolaengrube, ab Karolinne-
 u. sowie besten Goedoliner Bau-
 fall versendt in Waggonsladungen
 prompt nach jeder beliebigen Station
 zu den billigsten Preisen.

S. Sternberg.
 Spedition. Kohlen- u. Kalk Geschäft
 in Rawicz.



25 Stück junge kräftige

Bug-Ochsen

stehen zum sofortigen Verkauf.

Näheres zu erfahren bei

A. Cichowicz, Posen.

2 Doppel-Pony-Schecken,
 braun u. weiß sind nebst Wagen und
 Geschirr sofort zu verkaufen. Wo zu
 erfragen Fischerei 28a.

Estrengadura Baumwolle so-
 wie sämtliche Kurz- und Weißwa-
 cen zu den billigsten Preisen.
 Eine Partie Picard und Wallis ist
 völlig abzugeben.

Wilhelm Neuländer.
 Markt 60 Ecke Breslauerstr.

Monats-Uebersicht

vom 31. Januar 1873

— gemäss Art. 34 alin. 2 des Statuts. —

a)	Erworogene unkündbare hypo- thekarische und Renten-Forderungen	Thlr. 19,164,327.	8.	1.
b)	Erworogene kündbare hypothe- karische Forderungen	Thlr. 910,000.	—	—
c)	Ausgegebene unkündbare Pfandbriefe	Thlr. 17,820,000.	—	—
d)	Ausgegebene kündbare Pfand- briefe	Thlr. 315,000.	—	—

Gotha, 31. Januar 1873.

Deutsche Grundcredit-Bank.

v. Holtzendorff. Landsky. R. Frieboes.

Zur Entgegennahme von Anträgen ist bereit die General-Agentur für die Provinz Posen

Ed. Kaatz.

Gicht und Rheumatismen

stet heilbar. Das bewährteste, wahrsc. inlich einzige Mittel hierfür ist die

Gichtwatte von Dr. Pattison,

original anwendbar bei rheumatischen Gichts-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hände- und Knieschmerzen, Gliederkrämpfen, Rücken- und Lendenweh u. s. w. — Ganze Packete zu 8 Sgr. und halbe zu 5 Sgr. bei

Amalie Wulke, Wasserstraße 8/9.

Bieh-Auktion.

Auf dem Gutshofe zu
 Zakrzewo bei Jarocin sollen am **4. März c.**, von
 Vormittags 9 Uhr ab

44 Stück

junge, sehr brauchbare **Bug-**
Ochsen meistbietend gegen
 gleich baare Bezahlung ver-
 kauft werden.

Das Dominium.

Cotillon-Orden
 in reichhaltigster Auswahl

S. Sobeski.

Buchtvieh - Auction

zu Bilewken

bei Neuenburg. Westpr.

Den 13. März c. von 11 Uhr an.

Zum Verkauf kommen 13 Bullen,

11 Hirschen, (Amsterdammer Race) 50

schöne Programme vom 20. Fe-
 bruar auf Verlangen. Wagen stehen

Bahnhof Czerwinké bereit.

Fournier.

Masken-Garderobe-

Ausstellung

Bom 10. d. M. ab werde ich in

Posen eine bedeutende Auswahl von

gantzen Masken Anzügen zum Ve-

leben ausgestellt haben.

Das Nähere die Anschlagzettel.

J. Czležinsky.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 6. Februar. Bestes
 Bastespiel von

Marie Monbelli
 in Oper und der Ullmann'schen Kon-
 zert-Gesellschaft

Anna Regan,
 Fräulein v. Sograff
 (Pianistin aus St. Petersburg),

Camillo Sivori und Jul. de
 Swert.

Der Barbier von Sevilla.
 Komische Oper in 2 Akten.

Musik von Rossini.
 Rosina Marie Monbelli.
 Einlagen, gefungen v. Marie Monbelli.

In der Musikkönigin. Spanische Bilder.
 Im Schluss der Oper Rosina-Walzer.

Am Anfang der Vorstellung:
 Konzert.

Anna Regan. Fr. v. Sograff. Camillo
 Sivori. Jules de Swert.

Programm:

1. Ouverture.

2. Fantasie . . . Servais.

3. Frühlingstraum: Das Wandern

Shubert.

Anna Regan.

4. Konzert Es-dur . . . Bizet.

Fr. v. Sograff.

5. Fantasie . . . Sivori.

Camillo Sivori.

Konzert-Flügel v. Julius Blüthner.

Bar Nachricht.

Damit die Dauer der Vorstellung

nicht die gewöhnliche Länge überschreite,

beginnt die Oper mit Rosinas Eingangs-

arie.

Kapellmeister Herr R. Miedorff.

Bar Nachricht.

Riempeitschen

und Hosenträger

ind stets auf Lager und billigst zu ha-

ben in der

Lederwaarenfabrik

von

E. Contentius.

Poln.-Lissa.

Transito-Rochsalz
 hat auf Lager
Adolph Asch, Schloßstr. 5.

D. Lask,
 St. Martin- u. Gr. Ritterstr.-Ecke 67.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige empfiehlt ich
 die Niederlage, die gleichzeitig mit einer Vorposthandlung ver-
 bunden ist, dem geehrten Publikum zur gefälligen Beachtung.
 Jedes Quantum Mehl wird frei ins Haus geschickt.

D. Lask,

St. Martin- u. Gr. Ritterstr.-Ecke 67.

1869. Amsterdam.	1869. Pilsen. 1. Preis.	1869. Wittenberg.	1871. Eger. 1. Preis.	1871. Dresden.
---------------------	-------------------------------	----------------------	-----------------------------	-------------------

Liebe's Nahrungsmittel in „löslicher“ Form:

Extrakt der Liebig'schen Suppe,
Vacuum-Präparat des Apoth. u. Chem. J. Paul Liebe in Dresden.
Erhaltmittel für Buttermilch, Nahrungsmittel für Blutarme, Rekonvaleszenten, Magenleidende, Siehe ic. Flaschen a 300 Gr. 12 Sgr.
In Posen bei Apoth. Pfuhl.

Für mein Kurz- und Weihwaaren-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer, welcher der polnischen Sprache mächtig ist.
Wilh. Neuländer.

Ein tüchtiger Postillon wird für die Posthalterei in M.-Goslin gehucht.

Zum 1. April e. ist in meiner Apotheke eine Lehrlingsstelle zu besetzen.

Brandenburg.

Ein tüchtiger, gut empfohlener Vogt findet zum 1. April d. J. Stellung, auf dem Dom. Mordze bei Genschenko Posener Zeitung.

Börsen-Telegramme.

Zum 1. Juli wird für eine Brenner i. in der Nähe von Posen, mit einem täglichen Betriebe von 110 Schfl. Kartoffeln, ein erfahrener, verheiratheter Brenner geucht. Anmeldungen nebst Abschrift der Zeugnisse sub A. B. 7 niederzulegen in der Exped. d. Pos. Btz.

2 Delonomic-Inspektoren, 5 Verwalter, 3 Gärtnerei, 2 Förster, 1 Brenner, 2 Brauer, 1 Steigemeister, 3 Werkführer und 5 Wirthschaftsräume werden für sofort und später gesucht durch das Bureau Germania zu Dresden.

Ein junger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 5. Februar. Tendenz: Fest und belebt.

Deutsche Bonds

Posen, 3½ proz. Pfandbdr.	98 B
dito 4 proz. Pfandbdr.	90½ B
dito 4 proz. Rentenbdr.	93½ B
dito 4 proz. Prog.-Obbl.	100 B
dito 4 proz. Kreis-Obbl.	100 B
dito 4 proz. Kreis-Obbl.	92 B
dito 4 proz. Stadtoblg.	88½ B
dito 4 proz. Stadtoblg.	100 B
Krodd. Bundesanl.	—
Prenz. 4½ proz. Konsols	—
dito 4 proz. Anleihe	—
dito 3½ proz. Staatsch.	90 B
Köln-Mind. 3 proz. Pr.-S.	—

Ausländische Bonds.

Amer. Corp., 1882 Bonds	—
dito dito 1885 Bonds	—
Dektr. Papier-Rente	63½ B
dito Silberrente	67½ B
dito Zinsen von 1860	96½ B
Italienische Rente	65½ B
Russisch-engl. 1870er Anl.	—
dito dito 1871er Anl.	—
Auss. Bodenkredit-Pfbr.	91½ B
Pola. Equit. Pfandbdr.	—
Cürl. 1865 5 proz. Anl.	52 B
dito 1869 6 proz. Anl.	63½ B
Türkische Zinsen	178 B
Russische Noten	82½ B
Österreichische Noten	92½ B

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein	—
dito Bank	—
dito Produkten-Handbdr.	—
dito Wechsler-Bank	63½ B
Sachsen-Diskontbank	124½ B
Berliner Disk.-Komm.	—
Central-Genoss.-Bank	—
Deutsch. Hyp.-Bl. Berlin	—
Central. f. Ind. u. Hand	112½ B
Wolcke, Bank f. Edw.	95 B
Weinb. Kreditbank	—
Dektr. Kredit	205½ B
Ostdeutsche Bank	101½ B

Marienhütte	—
Kedenshütte	—
Berl. Holzkomptoir	106½ B
Berl. Bischof	—
Hoffmann Waggonfabr.	—
Lauchhammer	118½ B
Pos. Bierbrauerei	100 B
Immobilien	—

Industrie-Aktien.

Marienhütte	—
Kedenshütte	—
Berl. Holzkomptoir	106½ B
Berl. Bischof	—
Hoffmann Waggonfabr.	—
Lauchhammer	118½ B
Pos. Bierbrauerei	100 B
Immobilien	—

Posener Privat-Marktbericht vom 5. Februar 1873.

Weizen: fein, per 42 Kilogr.	3 15 —	3 10 —	3 7 —	6
mittel	3 4 —	3 2 —	3 3 —	—
ordinär	2 28 9	2 27 6	2 25 —	—
Roggen: fein	5 40	2 6 —	2 5 —	2 4 —
mittel	2 3 9	2 3 —	2 2 —	2 6
ordinär	2 2 2 —	2 1 3 —	2 2 —	—
Große Gerste	37	1 26 3	1 22 6	1 20 —
Kleine	1 25 —	1 21 3	1 20 —	—
Hafer	25	1 5 —	1 1 —	—
Kroderbsen	45	—	—	—
Winter-Rüben	37	—	—	—
Raps	—	—	—	—
Sommer-Rüben	—	—	—	—
Raps	—	—	—	—
Buchweizen	35	—	—	—
Kartoffeln	50	—	—	—
Widen	45	—	—	—
Lupinen, gelbe	45	—	—	—
blaue	—	—	—	—
Rother Klee	50	—	—	—
Weiher	—	—	—	—

Börse zu Posen

am 5. Februar 1873.

Bonds. Posener 3½% Pfandbrieft 93½ B., do. 4% neue do. 90½ B., do. Rentenbdr. 93½ B., do. Provinz-Bankaktien 112 B., do. 4 proz. Provinz-Oblig. 100½ B., do. 5% Kreis-Oblig. 100½ B., do. 5% Ober-Mecklenb. Oblig. 100 B., do. 4½% Kreis-Oblig. 93½ B., do. 4% Stadtoblg. II. Em. 90½ B., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ B., preuß. 3½prozentige Staatschuldssch. 90 B., preuß. 4 proz. Staatsanl. 96 B., 4½ proz. freie do. 103½ B., do. 3½ proz. Präm.-Anl. 125 B., Krodd. Bundesanl., Markt-Posener Eisenb.-Stamm-Aktien 61½ B., russische Banknoten 82½ B., ausländisch do. 93½ B., Tellus-Aktien (Bünzl, Chlapowski, Blater & Co.) —, Ostdeutsch. Bank 101½ B., Ost. Prod. Produkt.-Bank 84 B., Provinz-Buchs. u. Dis. Bank 97½ B. do. 5% Aktien, Kwotek, Potocki & Co. —, poln. 4 proz. Liquidationsbriefe —.

[Amtlicher Bericht.] Roggen (per 20 Centner). Kündigungspreis 52½, pr. Februar 52½, Febr. März 52½, März-April —, Frühjahr 53½, April-May 53½, Mai-Juni 53½.

Spiritus [mit Bäh] (per 100 Liter — 10,000 pft. Tralles). Kündigungspreis 17½, Gefündigt 50,000 Liter, pr. Februar 17½, März 17½, April 17½, Mai 18, Juni 18½, Juli 17½.

[Private Bericht.] Wetter: feucht. Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger Kündigungspreis 52½, pr. Febr. 53 nom., Febr. März do., Frühjahr 53½ B. u. B., April-May do., Mai-Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pft.). Kündigungspreis 17½. Gefündigt 20,000 Liter, pr. Febr. 17½ B. u. B., März 17½ B. u. B., April-May 17½ B. u. B., Mai 18 B. u. B., Juni 18½ B., Juli 18½ B.

Breslau, 4. Februar. Die Börse eröffnete in matterer Haltung, da die gestern rapid gestiegenen Kurse größeres Gewinn-Realisierung hervorriefen. Nachdem die Verkaufs-Ordres ausgeführt, machte sich wiederum die Begehr gelöst und schloss die Börse zu steigenden Kursen in recht festler Haltung. Die Umsätze waren bleibend und erstreckten sich auf fast alle Effekten. Kredit: 206 a ½ bez. Lombarden sehr fest in Posten 121 a ½ bez. u. Br. Franken rückgängig 205 a 204 bez. Banken sehr belebt. Schles. Bank Schluss 165½ Gd. Maller-Bank in Posten 138 a 139½ bez. Wechsler-Bank 132½ sehr belebt. Ostdeutsche Bank 102 bez. Von Eisenbahnen zeichneten sich Oder-Ufer durch lebhaftes Geschäft und steigende Tendenz aus. Bonds beliebt. Von Industrie-Effekten Laura am Westen beachtet und Ende der Börse 252 a 253 bez. wozu sie angeboten blieben. Alte Immobilien setzten die gestern begonnene Kurssteigerung fort und blieben a 130½ gefücht. Nachbörsen fest.

Druck und Verlag von W. Dekor & C. (C. Röschel) in Posen.

Zum 1. Juli wird für eine Ackerwirth re. unter Adresse R. S. ist besetzt. — Dies den Herrn Bewerbern zur Nachricht.

Dom. Solacz bei Posen sucht zum 1. April einen tüchtigen deutschen Vogt, der polnisch spricht.

Ein Gehandschuh ist verloren, abzugeben bei Bäckermeister Paden Mühlenstr. 18.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.

Ein jünger Destillatenz, der mit den Difillaten und Expedien gründlich vertraut ist, wünscht zum sofortigen Auftritt eine Stellung. Gute Referenzen stehen zur Seite. Gefällige Offiziere unter A. M. Expedition d. Posener Zeitung.